Die „Volksmacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Breite Straße 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, mit Postaufschlag am Orte Mk. 3.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206. **Organ für die werktätige Bevölkerung.** Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 254. Dienstag, den 31. Oktober 1905. 16. Jahrgang.

Kaiserreden.

Zu der Rede Wilhelm II. in Dresden, aus der wir einige Stellen bereits mitgeteilt haben, bringt eine Parteikorrespondenz folgende treffende Betrachtungen:

Wilhelm II. hat am letzten Mittwoch bei einer Galatafel in Dresden eine Rede gehalten, die von der auswärtigen Presse sicher sehr lebhaft besprochen werden wird, und die darum auch in der deutschen Presse nicht unbesprochen bleiben kann. Die bürgerliche Presse liebt es, alle Anschauungen, die der deutsche Kaiser in Fragen der auswärtigen Politik öffentlich entwickelt, entweder durch ein kräftiges patriotisches Hurrageschrei zu bestätigen, oder, wenn das aus inneren Gründen unmöglich ist, über sie zu schweigen. Die deutsche sozialdemokratische Presse kann sich weder der einen noch der anderen dieser beiden Methoden anbequemen. Sie hält es wie überall, so auch in den Fragen der auswärtigen Politik, für ihre Pflicht, ihre eigene Meinung offen und ohne Scheu gegen jedermann zu vertreten.

Der deutsche Kaiser hat in seiner Rede die Gesinnung der Dresdener Bevölkerung loyal, patriotisch und anhänglich genannt. Das entspricht einem Gebrauch der höfischen Höflichkeit; von der Hamburger, Berliner, Leipziger, Magdeburger usw. Bevölkerung ist dasselbe schon oft gesagt worden und wird wahrscheinlich noch manchmal von ihnen gesagt werden. Wenn aber der Kaiser von denselben Dresdenern meint, daß sie „den großdeutschen Gedanken pflegen", so muß denn doch gesagt werden, daß das ein Irrtum ist. Das Wort „großdeutsch" ist eigentlich schon lange aus dem Gebrauch; in früheren Zeiten nannte man so jene preußenfeindliche, damals gerade in Sachsen weit verbreitete Partei, die die föderalische Einheit Deutschlands einschließlich Oesterreichs anstrebte. In diesem Sinne kann aber Wilhelm II. das Wort „großdeutsch" nicht gebraucht haben; man wird nicht viel dagegen einwenden können, wenn man das Wort morgen in den französischen Zeitungen mit „pangermaniste" übersetzt finden wird. Darum muß erklärt werden, daß sich der Kaiser geirrt hat. Die Dresdener sind in ihrer Mehrheit keine Pangermanisten, keine Alldeutsche, keine Bewunderer der deutschen Weltpolitik, sondern sie sind gute internationale Sozialdemokraten, wie es die Arbeiter von Berlin und Paris auch sind. Wenn sich aber Wilhelm II. für seine eigene Person zu einem Anhänger des „großdeutschen Gedankens" erklärt, so wird dadurch der Argwohn des Auslandes nur vermehrt werden, der dem deutschen Kaiser seit jeher Welteroberungspläne zugemutet hat und von der östlichen Gefahr heute noch vielfach so denkt, wie man vor zwanzig Jahren in Deutschland über den drohenden Einbruch des barbarischen russischen Panslavismus dachte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Wilhelm II., „vom Vertrauen unserer Fürsten getragen, „unterstützt von williger Mitarbeit des Volkes" könne man ruhig in die Zukunft schauen. Das ist nun allerdings ganz richtig, daß, wer vom Volke durch willige Mitarbeit unterstützt wird, ruhig in die Zukunft schauen kann. Aber das Volk leistet solche willige Mitarbeit nicht blindlings, es hat gelernt, auch in Fragen der auswärtigen Politik kritisch zu denken und wünscht zu wissen, wohin es geführt wird. Das Volk ist durchaus willig, die Leiter der auswärtigen Politik im Ministerium dadurch zu unterstützen, daß es sehr deutlich seine Meinung sagt. Aber wenn es verzwickte Situationen ausfressen soll, in die es, ohne gefragt worden zu sein, von den Diplomaten gebracht worden ist, wird es sich eines Tages vielleicht recht unwillig zeigen.

Schließlich kam Wilhelm II. auf die „so schwere Arbeit" zu reden, die der letzte Sommer gebracht habe, womit er offenbar den Marokko-Konflikt meinte, und fuhr weiter fort:

Wenn sich das Deutsche Reich so entwickelt, wie ich vorher skizzierte, dann können wir wohl mit aufgeschlagenem Visier und freiem Mannesmut, wie er verliehen wird durch ein ruhiges Gewissen, einem jeden ins Auge blicken, dem es belieben sollte, uns auf unserer Bahn entgegenzutreten und uns bei der berechtigten Betätigung unserer Interessen zu stören.

Der scharfe Ton dieser Redewendung richtet sich offenbar gegen jene beiden Mächte, denen die schwere Arbeit des letzten Sommers gegolten hat, gegen Frankreich und England. Auch diese beiden Mächte bezw. ihre diplomatischen Vertretungen erklären, ein gutes und ruhiges Gewissen zu haben und nur ihre berechtigten Interessen betätigen zu wollen. Daß es ihnen jemals belieben könnte, Deutschland bei der berechtigten Betätigung seiner Interessen auf seiner Bahn entgegenzutreten, werden sie mit größter Entschiedenheit bestreiten, und sie werden gar nicht zugeben, daß eine solche Möglichkeit in Deutschland erörtert zu werden brauche.

Nach der Enthüllung des Moltke-Denkmals fand am Donnerstag Abend ein Prunkmahl statt, an dem zahlreiche Prinzen, Fürsten und Generäle teilnahmen. Der Kaiser brachte hierbei wieder folgenden Trinkspruch aus:

„Dem heutigen Tage seien zwei Gläser bestimmt. Das eine der Vergangenheit und der Erinnerung! In aufrichtigem Dank gegen die Vorsehung, die in großer Zeit dem Großen Kaiser seine Paladine beschert hat, wollen wir vor allen Dingen das erste Glas ein Stilles sein lassen, welches dem Andenken gewidmet ist des Kaiser Wilhelms Majestät größten Generals! Das zweite Glas gilt der Zukunft und der Gegenwart! **Wie es in der Welt steht mit uns, haben die Herren gesehen. Darum das Pulver trocken, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Kräfte gespannt und die Schwarzseher verbannt.** Mein Glas gilt **unserem Volk in Waffen!** Das deutsche Heer und sein Generalstab hurra, hurra, hurra!"

Es ist sonst Gepflogenheit der Staatsoberhäupter gewesen, solange es irgend angeht, in ihren öffentlichen Reden zu erklären, daß der von ihnen vertretene Staat mit allen Mächten in Frieden und Freundschaft lebe. Kriegerische Möglichkeiten wurden nur dann erörtert, wenn man fast unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges stand. Diese sonst übliche leise Sprache hat die Ohren sehr feinhörig gemacht, und so kommt es, daß die Reden des deutschen Kaisers auf das Ausland mitunter alarmierend wirken und von den dortigen Kriegsparteien als Agitationsstoff mißbraucht werden.

Demgegenüber können wir nur wiederholt unserer Hoffnung und Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das arbeitende Volk eines jeden Staates jeden ungerechten Angriff seines eigenen Staates auf einen anderen Staat zu verhindern wissen wird!

Politische Uebersicht.

Der Wahlaufruf der hessischen Sozialdemokraten für die am 15. November stattfindenden Neuwahlen zum Landtag ist soeben erschienen. Er steht unter dem Zeichen des Verlangens auf Abschaffung der ersten Kammer und der Forderung eines gleichen kautelenfreien Wahlrechts. Die kommende Landtagswahl müsse eine machtvolle Protestkundgebung sein gegen die Anmaßung der ersten Kammer, gegen die schwächliche Haltung der Regierung und gegen die Preisgabe des Ideals der Volkssouveränität und der vollen politischen Gleichberechtigung. Die bürgerlichen Parteien scheuen vor dem prinzipiellen Kampf gegen die erste Kammer zurück. Nationalliberale, Zentrumsmänner und Bauernbündler hätten sich als Anhänger des Zweikammersystems bekannt. Von nationalliberaler und ultramontaner Seite sei sogar die Geneigtheit ausgesprochen worden, den Wünschen der ersten Kammer auf Erweiterung ihres Budgetrechts teilweise entgegenzukommen. Das alte liberale Ideal der absoluten gesetzgeberischen Souveränität des Volkes werde von den bürgerlichen Parteien preisgegeben und nur von der Sozialdemokratie hochgehalten.

Die Mission des Schnapses. Ein Artikel der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien" beschäftigt sich mit den traurigen Wirkungen der Schnapspest auf die Eingeborenen, die durch die „Pioniere" unserer Kolonisation, die Vertreter des süßen Handels, namentlich auch in den deutschen Kolonien, verbreitet wird. Es gebe allerdings an der Westküste Afrikas einige Firmen, die den Branntwein prinzipiell von ihrem Geschäft ausgeschlossen hätten. Aber das seien nur Ausnahmen unter der großen Masse. Es sei deshalb dringend nötig, daß durch die Mächte die Spirituoseneinfuhr für ganz Afrika reduziert werde.

Ob Deutschland sich mit besonderer Begeisterung an der Verhinderung des Schnapsteufels beteiligen wird, ist recht fraglich, spielen die Spirituosen doch unter den kärglichen deutschen Exportziffern unseres Kolonialhandels eine hervorragende Rolle. Bereits 1898 wurden **761,294** Liter Spirituosen in Togo eingeführt, 1903 gar **1,041,196** Liter. In Kamerun wurden 1897 **1,224,804** Liter Spirituosen importiert, 1903 **1,407,573** Liter. Unsere Handelskreise werden sich also sehr gegen die Einschränkung

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

27] (Nachdruck verboten.)

„Mag den Gruß überbringen, wer will," grollte der General; „ich sehe, daß ich fortkomme, ich mag mit diesem ekelhaften Gelehrten nichts mehr zu tun haben." Er murmelte noch einiges zwischen den Zähnen, und nachdem er unmutig mit der Hand auf seinen Säbel geschlagen, daß er klirrte, machte er sich ungesäumt auf den Weg. Der Hauptmann und Valerie begleiteten ihn, während Hans in das Zimmer des Professors trat, um sich im Namen aller übrigen zu empfehlen. Erst am Waldsaume hatte er die Vorangehenden wieder eingeholt. Er wandte sich sogleich an seinen Vater und an Tiefenbach, die beiden auf die Gefährlichkeit des Uferweges aufmerksam machend, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, bei hereinbrechender Dämmerung den Waldweg zu wählen, der, wie er glaube, sogar näher sei und an der Ruine Hohenwang vorbeiführe.

„Wem sagst Du das?" fuhr der General übellaunig auf. „Der Uferweg ist sehr schlecht, ich habe das gleichfalls bemerkt, kein vernünftiger Mensch wird ihn des Abends betreten. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir den Waldweg nehmen, ich werde Euch schon führen; ich kenne das Terrain genau, und Ihr könnt Euch beruhigt meiner Führung überlassen." Der General ging denn auch voran. Er schritt wacker aus, und bei jeder Schwenkung kommandierte er. Uebrigens war er keineswegs so sicher, als er vorgab, es zu sein. Es kam vor, daß er sich im Wege irrte, und man mußte dann kleine Strecken zurückgehen, um wieder auf den rechten Pfad zu kommen. Das Terrain ging jetzt stark bergauf, der General blieb plötzlich stehen. Er pustete stark. „Ich dächte doch, es wäre leichter, wenn wir zu Zweien gingen," sagte er, sichtlich erschöpft. „Hauptmann, geben Sie mir Ihren Arm. Mein Sohn kann Ihre Tochter führen."

Der Hauptmann beeilte sich, dem Befehle nachzukommen. Hans trat zu Valerie. „Sie erlauben mir, an Ihrer Seite zu bleiben?" fragte er schüchtern.

„Ich bitte Sie darum, Herr Leutnant," antwortete an ihrer Statt der Vater, „aber Valerie muß dann etwas rascher gehen, sonst werden Sie mit ihr weit hinter uns zurückbleiben."

„Nun, ich dächte doch," brummte der General, „der große Junge wird auch ohne Führer den Weg nach der Stadt finden."

„Unbesorgt, mein Vater."

Der General und der Herr Hauptmann gingen also voran. Hans und Valerie hinter ihnen. Nach einer Weile blieb das junge Mädchen plötzlich stehen.

„Ach!" machte sie und schlug sich dabei auf die Stirn.

„Was ist Ihnen, mein Fräulein?"

„Wie vergeßlich ich doch bin, ich habe den kleinen Vergißmeinnichtstrauß, den ich mir bewahren wollte, bei dem Professor zurückgelassen."

„Bedauern Sie das?"

„Gewiß, er war so hübsch, und er wäre mir eine Erinnerung an unsern ersten Ausflug gewesen. Jetzt wird er verwelken."

„Nicht doch, mein Fräulein. Als ich zuletzt in das Zimmer des Professors trat, bemerkte ich ihn auf einem kleinen Tische in einem Glase. Die sorgsame Kathrein war es wohl, die ihn in's Wasser gesetzt."

„O, dann ist's gut, dann bleibt er mir erhalten."

Hans fühlte sich in diesem Augenblick sehr glücklich gestimmt, er hätte es gleichwohl nicht gewagt, dies dem jungen Mädchen gegenüber mit einem Worte auszudrücken. Jetzt drehte sich auch der Hauptmann um, er hatte mit dem General bereits einen bedeutenden Vorsprung.

„Valerie," rief er, „was zögerst Du?"

„Beunruhige Dich nicht, Papa, wir kommen nach."

„Das dürfte Ihnen nicht so leicht werden, mein Fräulein, mir nachzukommen," gab der General zurück; „aber haltet nur die Richtung ein; eine Strecke geht es so fort, immer nach rechts, dann, sobald der Weg breiter wird, verlaßt Ihr diesen und wendet Euch wieder nach links."

„Ja, Herr Leutnant, halten Sie nur die Richtung ein," wiederholte Hauptmann Tiefenbach im jovialsten Tone. Es schien, daß ein Tete-a-tete seiner Tochter mit Hans Wachtler ihn nicht besonders beunruhigte.

„Wir werden übrigens die Ruine bald erreichen," erläuterte, sich noch einmal umwendend, der General, „und von da läuft ein gerader Weg nach Seekirchen."

Die beiden alten Herren gingen unbekümmert vorwärts, bei der ersten Biegung des Weges kamen sie ihren Kindern aus den Augen. Diese folgten jedoch pünktlich der ihnen gegebenen Weisung. Nach einer Weile sagte Hans: „Es ermüdet Sie wohl, mein Fräulein, wenn wir rascher gehen? Sonst würde ich es unbedingt anraten."

Valerie, anstatt diesem Wink nachzukommen, blieb stehen und sah ihn lächelnd an. „Finden Sie es denn nicht hübsch, so gemächlich durch den Wald zu lustwandeln?"

„Ich finde es wunderhübsch, ich kann nicht sagen, wie, aber ich höre nicht mehr die Schritte und Stimmen der uns Vorangehenden, und ich fürchte, wir könnten am Ende doch den rechten Weg verfehlen."

„Sie fürchten? Das Wort nimmt sich in dem Munde eines Offiziers gar seltsam aus."

„Ich fürchte ja nicht für mich, sondern für Sie, mein Fräulein."

„Das ist ganz unnötig, ich versichere Sie, ich getraue mich ganz allein aus diesem Walde wieder herauszukommen."

„Bei Tage wohl, aber es wird bald die Dämmerung eintreten, und wenn wir noch überdies vom Regen überrascht würden, — Sie sind so leicht bekleidet, mein Fräulein."

„Sie haben vielleicht recht, wir wollen rascher gehen, geben Sie mir Ihren Arm."

Hans empfand eine Art Wonneschauer, als sie ihren Arm nun leicht in den seinen schob, so leicht, Hans verspürte ihn kaum, aber er wagte es nicht, ihn fester an sich zu ziehen. In seiner glückseligen Verwirrung war es wohl kein Wunder, wenn er auf die gegebene Richtung nicht so genau achtete, als er sich vorgenommen hatte. Valerie plauderte munter mit ihrem Führer eine Weile fort, dann schwiegen plötzlich beide, wie durch eine Einwirkung von außen dazu bestimmt. Es war um sie herum so merkwürdig still geworden. Die Sonne war untergegangen, die Vögel und alles übrige Getier hatte sich bereits, wie von einem bangen Vorgefühl beschlichen, in die dichtesten Zweige versteckt, oder in seine Höhlen verkrochen. Kein Lüftchen regte sich, die zartesten Halme standen kerzengerade, wie erstarrt. Wie ein Bann lag es über der Natur, und den beiden schien es nun auf einmal, als wären sie mit einbezogen in diesen Bann. Valerie fühlte, daß ihre Füße schwer wurden und ihr nachgerade den Dienst versagten.

„Haben wir denn noch weit, ehe wir zur Ruine kommen?" begann sie leise.

Hans blieb stehen. Besorgt sah er sich nach allen Seiten um. „Wir haben den rechten Weg verfehlt," sagte er; auch seine Stimme klang gedämpft. „Es ist sicher, wir müßten sonst schon längst an der Ruine vorbeigekommen sein."

„Dieser Weg muß uns doch gleichfalls nach Seekirchen führen."

„Gewiß, aber es wäre möglich, daß er uns nach dem Ufer brächte, das wir vermeiden wollen."

„Was sollen wir aber tun?"

„Ich glaube wohl, es wäre jetzt das Beste, wir gingen wieder zurück, wir finden vielleicht bald einen Fußsteig, der mehr nach links sich wendet."

„Aber ich bin müde," sagte Valerie mit einem etwas ungeduldigen Ton, „und es wäre möglich, daß wir dann kreuz und queur gingen und doch wieder hierher zurückkehren müßten; dieser Weg ist breit und viel begangen, der führt sicher nach Seekirchen. Sind Sie so ganz sicher, daß es der unrechte ist?"

„Ich vermute es nur."

In diesem Augenblick brach ein wütender Windstoß durch die Bäume, der sausend und brausend weiter zog.

„Das ist der Sturm," rief Valerie.

(Fortsetzung folgt.)

dieses gewinnbringenden Handelszweiges sperren! Und das umsomehr, als ja der Schnaps als Tauschartikel auch im kolonialen Binnenhandel eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. So erzählt Hauptmann Huken 1898 in der „Deutschen Kolonial-Zeitung" folgende Episode:

„Geradezu scheußlich zu nennen ist die Verwendung des Schnapses als Handelsartikel, zum trabe! Fusel der gemeinsten Sorte füllet in Ballons und Kisten einen großen Teil der Schiffsladung eines westafrikanischen Handelsdampfers" . . .

„Dieses entnervende Gift sickert von der Küste, deren Bevölkerung es im ganzen Westen Afrikas bereits leider durchtränkt hat, tief hinein bis zu den Binnenstämmen!"

„Gegen diesen Fluch der Kultur, womit wir die Schwarzen vertieren, sollte gepredigt werden, weit mehr als gegen den Sklavenhandel. Weniger verhängnisvoll für das Geschick der schwarzen Rasse ist letzterer als die Laster, die wir ihm bringen unter dem prunkenden Titel: „Segnungen der Zivilisation"."

„Ich erinnere mich eines abstoßenden Bildes, das sich mir auf einer Faktorei bot, als ich dort im Busch einst am Fieber krank lag: Ein Neger brachte dem Faktoristen zwei schöne Elefantenzähne. Der geforderte Preis schien dem Kaufmann zu hoch. Nach langem Handeln und Feilschen griff derselbe zum Schnaps und schließlich lag der schwarze arme Teufel mit zwei geleerten Flaschen Gin sinnlos betrunken vor dem Hause. Der „Clerk" aber barg vergnügt schmunzelnd die beiden Zähne in seinem Laden. Der Preis waren die beiden Flaschen Schnaps."

Daß bei derartigen Tauschgeschäften, auch bei Landkäufen und dem Viehhandel der Schnaps nur zu oft eine solch verbrechende Rolle gespielt hat und noch spielt, ist nur allzu bekannt. Der Hänge-Peters erzählte seiner Zeit noch mit schmunzelndem Behagen, wie rasch er seiner Zeit die „Schutz"-Verträge mit ostafrikanischen Häuptlingen abgeschlossen habe, nachdem er die schwarzen Kontrahenten erst durch nicht zu knappe Dosen Alkohols in eine vergnügte Stimmung versetzt hatte.

Die Ankläger der kolonialen Fuselvergiftung werden wohl Prediger in der Wüste bleiben. Der Schnaps gehört nun einmal zur kapitalistischen Kolonialpolitik, wie die Syphilis und der Tropenkoller!

Jetzt endlich? Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet, hat der Reichskanzler Fürst Bülow dem Oberbürgermeister Kirschner die Nachricht zugehen lassen, daß er gern bereit sei, eine Abordnung des Vorstandes des Deutschen Städtetages in Sachen der Fleischteuerung am 31. Oktober Mittags zu empfangen.

Der hat sich aber lange auf eine Ausrede besinnen müssen.

Die Stichwahlen in Baden. Im badischen Wahlkreise Freiburg, der bereits am Freitag zur Stichwahl ging, hat sowohl der Block als auch unsere Partei, den Pakt gut gehalten, wie die nunmehr vorliegenden Wahlziffern bestätigen. Es erhielten nämlich

	Hauptwahl			Stichwahl		
	Soz.	Lib.	Zentr.	Soz.	Lib.	Zentr.
Freiburg II . .	776	843	1325	**1600**	—	1480
Freiburg III . .	616	1292	1289	—	**1970**	1513

Mithin sind der sozialdemokratische Kandidat Kräuter in Freiburg II und der Nationalliberale Radmann in Freiburg III zu Abgeordneten gewählt. Die Stimmen beider Parteien sind vollzählig auf den Kompromißkandidaten gefallen.

Von weiteren Stichwahlen, an denen unsere Partei beteiligt ist, sind der „Frankf. Ztg." bisher folgende Resultate bekannt geworden:

Karlsruhe. 1. Bezirk: **Frank** (Soz.) 1809, Gangel (Natl.) 1517 Stimmen. Gewählt: **Frank** (Soz.)

3. Bez.: Frühauf (freis.) 1888, Scheier (Soz.) 1588 Stimmen. Gewählt: **Frühauf** (freis.)

4. Bez.: Kolb (Soz.) 2147, Herrmann (Dem.) 1176 Stimmen. Gewählt: **Kolb** (Soz.)

Stadt Durlach. Horst (Soz.) 999, Delisle (Dem.) 972 Stimmen. Gewählt: **Horst** (Soz.)

Offenburg. Muser (Dem.) 1199, Bechler (Zentr.) 1092 Stimmen. Gewählt: **Muser** (Dem.)

Schwetzingen. Ihrig (Dem.) 2959, Popp (Zentr.) 2167 Stimmen. Gewählt: **Ihrig** (Dem.)

Mannheim-Schwetzingen. Gewählt **Rechthold** (Soz.) gegen Krauß (Zentr.)

Karlsruhe-Land. Gewählt: **Reck** (natl.) gegen Schäufele (Soz.)

Stadt Lörrach und Stetten. Roesch (Soz.) 1116, Bortisch (freis.) 936 Stimmen. Gewählt: **Roesch** (Soz.)

Heidelberg-Land. Pfeiffle (Soz.) 2858, Mampel (Antis.) 1823 Stimmen. Gewählt: **Pfeiffle** (Soz.)

Unsere Partei hat somit ihre Mandate verdoppelt, von 6 sind wir auf 12 Abgeordnete gestiegen. Ein weiteres erfreuliches Ergebnis ist das gänzliche Unterliegen des Zentrums. Obschon es in 10 von den 23 Stichwahlkreisen seine Kandidaturen aufrecht erhielt und bei einem Teil derselben Zuzug aus dem konservativen Lager erhielt, hat es nicht mehr einen einzigen Mann durchzubringen vermocht. Dafür sieht es seine Schützlinge, die Konservativen, 3 Mann stark einziehen: einer ihrer Kandidaten war bereits bei der Hauptwahl gewählt, die drei anderen Mandate fielen ihnen in der Stichwahl zu. Die übrigen 21 Stichwahlmandate wurden von Block und Sozialdemokratie genommen, wobei 10 den Nationalliberalen, 7 den Sozialdemokraten, 3 den Demokraten und 1 den Freisinnigen zufielen. Die neue Kammer setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

	jetzt	früher	jetzt gegen früher
Nationalliberale . . .	24	25	— 1
Demokraten	5	6	— 1
Freisinnige	1	2	— 1
Sozialdemokraten . . .	12	6	+ 6
Zentrum	28	23	+ 5
Konservative	3	1	+ 2
zusammen	73	63	+ 10

Die antiklerikalen Parteien verfügen in der neuen Kammer über zusammen 46 Stimmen gegen 28 des Zentrums, die Liberalen und Sozialdemokraten über 42 gegen 31 vom Zentrum und Konservativen. Damit ist die Gefahr der klerikalen Mehrheit abgewendet.

Die angebliche Friedensgefahr. Die in unserem heutigen Leitartikel besprochene kriegerische Stimmung findet auch in der halbamtlichen deutschen Presse einen Widerhall. Die „Köln. Ztg." veröffentlicht einen Artikel über „Politische Stimmungsbilder". Sie führt aus, daß es Deutschland nicht gelungen sei, das Ausland von seinen friedfertigen Absichten zu überzeugen. Sie fährt dann fort:

„. . . Sind diese Stimmungsbilder zutreffend, so fragt es sich, wie wir sie zu unseren Gunsten ändern können. Die Beantwortung der Frage wird davon abhängen, ob wir Einsicht und Kaltblütigkeit genug besitzen, unser bisheriges Verfahren, das so wenig Verständnis gefunden hat, zu ändern. Selbstverständlich kann es sich nur um eine Revision der Methode handeln, unsere Absichten zum Ausdruck zu bringen, denn Absicht und Ziel, überall in der Welt die deutschen Interessen und nur diese zu vertreten und die beste Wahrung dieser Interessen in der Erhaltung des Friedens zu erblicken, bleiben unverrückbar festgelegt. Unser heißes Bemühen, die Welt von unserer Friedfertigkeit zu überzeugen, ist fehlgeschlagen; bemühen wir uns also in Zukunft etwas weniger, schauen wir, unbekümmert um üble Nachrede, nicht so viel nach rechts und links, sondern geradeaus auf unser Ziel, stärken wir unsere wirtschaftliche und unsere politische Rüstung und mit ihr das Selbstvertrauen, daß wir allein oder im Verein mit Freunden, die uns ehrliche Freunde sein wollen, eine ganze Welt in Waffen nicht fürchten. . . ."

Weiter sagt die „Köln. Ztg.": Dann könne Deutschland ein ruhiges Gewissen haben und nach dem Wort des Kaisers „einem jeden ins Auge blicken, dem es belieben sollte, uns auf unserer Bahn entgegenzutreten". Also: die deutsche Friedfertigkeit wurde schlecht gelohnt, Deutschland erscheint geradezu isoliert, nirgends sind Freunde, auf die man sich verlassen kann. Das ist nun der Erfolg der deutschen Staatsmannskunst. Die Schuldigen aber sind allein die Feinde draußen und die unehrlichen Freunde. Deutschland allein ist der Friedfertige und, da die anderen nicht ebenso friedfertig sind, sollen wir „eine ganze Welt in Waffen nicht fürchten", das heißt: Deutschland soll neue große militärische, insbesondere marinistische Rüstungen betreiben!

Geht doch wo andershin! Mit einer selbst für sachsen-weimarische Verhältnisse überraschenden Begründung hat der Bürgermeister von Neunhofen bei Neustadt (Orla) die Untersagung einer sozialdemokratischen Versammlung begründet.

Der sozialdemokratische Reichstagskandidat, Genosse Leutert, sollte über die politische Lage und die bevorstehende Gemeinderatswahl sprechen. Wie die Erfurter „Tribüne" mitteilt, verbot der Bürgermeister die Versammlung unter folgender wörtlicher Begründung:

„Eine politische Versammlung abhalten, das geht nicht! Ich werde wohl an diesem Tage auch eine Gemeinde-Versammlung abhalten. Warum haltet ihr eure Versammlung nur in Neunhofen ab, geht doch wo anders hin!"

Der Bürgermeister von Berga a. E., Landtags-Abgeordneter Fritsche, der neulich wieder eine Textilarbeiter-, also eine Gewerkschafts-Versammlung, verbot, versah das Verbot mit dem Datum des 13. Januar (statt Oktober) 1905. In solcher Erregung befinden sich Bürgermeister des Goetheländchens, wenn von der Arbeiterschaft Versammlungen angemeldet werden!

Vom Achtuhrladenschluß. In Leipzig haben 4502 Inhaber offener Verkaufsstellen an die Kreishauptmannschaft den Antrag auf Vornahme einer Abstimmung wegen Einführung des allgemeinen Achtuhrladenschlusses für sämtliche Geschäftszweige gestellt.

In den Wind geschlagene Warnung. Zu den Unruhen in Deutsch-Ostafrika erhält die „Frankf. Ztg." eine Zuschrift, in welcher erklärt wird, daß die Missionare am Kilimandscharo bereits vor vielen Monaten eine vertrauliche Eingabe an das Auswärtige Amt gerichtet haben, worin sie auf die Gefahr eines blutigen Aufstandes infolge verschiedener Maßnahmen hingewiesen haben. Dieser Bericht sei aber nicht beachtet worden. Das Blatt erklärt, das Auswärtige Amt könne nicht umhin, über die Gründe seines Verhaltens sich bald zu äußern.

Die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen. In der Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten begann die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen. Der Referent Abgeordneter Vichler berichtete eingehend über die Verhandlungen des Ausschusses und betonte, daß günstigere Bedingungen für den Staat nicht zu erlangen seien. — Abgeordneter Erhardt (Soz.) warf der Regierung vor, daß sie in allen Beziehungen zu den pfälzischen Bahnen stets die Interessen der Aktionäre begünstigt habe. Infolge der staatlichen Zinsgarantie hätten die Aktionäre niemals das geringste Risiko gehabt. Der Redner griff sowohl die Aktionäre, die bei den Verhandlungen mit dem Staate lediglich ihre Interessen vertreten hätten, wie auch die Regierung an, die in der ganzen Verstaatlichungsfrage systematischer hätte vorgehen können und eventuell die Aktien hätte aufkaufen sollen. Das jetzige Abkommen sei für die Aktionäre ein glänzendes Geschäft, der Staat werde große Ausgaben machen müssen, um bauliche Maßnahmen, die dringend erforderlich seien, jedoch bisher gespart worden seien, nachzuholen und könne auch mit Rücksicht auf die unsichere Lage der Beamten und Bediensteten bei den jetzigen Vorschlägen dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Die Weiterberatung wurde hierauf vertagt.

Zurückziehung der fremden Besatzungen aus China. Der deutsche Gesandte Freiherr v. Mumm hat in einer am 24. d. Mts. im Winterpalais stattgehabten Audienz dem Kaiser und der Kaiserin-Regentin von China mitgeteilt, daß der deutsche Kaiser mit der Ratifikation des Friedens von Portsmouth die Zeit für gekommen erachte, um die noch in Tschili stehenden fremden Besatzungen zurückzuziehen. Kaiser Wilhelm werde den beteiligten Staatsoberhäuptern ohne Verzug einen dahingehenden Vorschlag machen. Zugleich damit hat Freiherr v. Mumm den früheren Entschluß des Kaisers angekündigt, die seiner Zeit aus Anlaß von Unruhen in Schantung von Tsingtau aus nach Kaumi und der chinesischen Kreisstadt Kiautschou vorgeschobenen Posten einziehen zu lassen.

Die Reichstagsersatzwahl im neunten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise Stormarn findet am 8. Dezember statt. Die Ersatzwahl ist notwendig, weil das Mandat des Abgeordneten Dr. Stockmann durch dessen Ernennung zum Regierungspräsidenten im Gumbinnen erloschen ist.

Für die Reichstagsersatzwahl im ostpreußischen Wahlkreise Pr. Holland-Mohrungen, welche am 2. November stattfindet, ist Amtsgerichtsrat Krebs in Liebstadt als Kandidat der Zentrumspartei aufgestellt. Es handelt sich dabei nur um eine Zählkandidatur.

Ausland.

Das Wahlrecht in Ungarn soll doch kommen. Ministerpräsident Baron Fejervary hielt vor einer Wählerdeputation eine Programmrede, in der er betonte, daß er eine neue Politik bringe. Falls er sich in seinen Erwartungen getäuscht sehe und die Koalition die neue Politik ungeprüft verwerfen sollte, so werde er zu passender Zeit Neuwahlen ausschreiben. An der Spitze des neuen Programms stehe das allgemeine geheime Wahlrecht. Die Regierung werde sofort nach dem Zusammentritt der Abgeordneten einen Gesetzentwurf hierüber vorlegen.

In den Kreisen der koalierten Opposition wird das Programm mit Hohn und Entrüstung aufgenommen und schärfster Kampf dagegen beschlossen.

Ueber die Volksmeinung in Norwegen. Dem Storthing liegt jetzt eine gedruckte Uebersicht über die ihm übersandten Aeußerungen zur Staatsformfrage vor. Es haben sich danach in Kristiania 13 Vereine von Geschäftsleuten für sofortige Königswahl und gegen die Erörterung der Verfassungsfrage erklärt, und diesen Wünschen haben sich 89 „Handels-, Handwerker- und Seemannsvereine" angeschlossen. Außerdem wünschen 107 Banken, 7 Gemeindeverwaltungen und 2 Volksversammlungen, daß man sobald wie möglich einen König wähle. Der Aeußerung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei für Republik und Volksabstimmung haben sich 23 Arbeiterorganisationen angeschlossen. Volksabstimmung oder Volksentscheidung in anderer Form verlangen 61 Fach- und Arbeitervereine in Kristiania, 48 solcher Vereine anderer Orte sowie 5 Gemeindeverwaltungen. Ferner ist diese Forderung in vielen von Tausenden besuchten Volksversammlungen aufgestellt worden.

Es läßt sich selbstverständlich aus dieser Uebersicht nicht entscheiden, auf welcher Seite die Volksmehrheit steht; das einzige schnell wirkende Mittel, dem Volkswillen Rechnung zu tragen, ist eben die Urabstimmung.

„Aftenposten" meldet, daß die Regierung mit dem Gesetzentwurf betreffend die Königswahl stehe und falle. Daß die Mitglieder der Regierung hierin einig seien, sei zweifellos; das sei schon unmittelbar nach Fertigstellung des Gesetzentwurfs bekannt geworden. Ebenso selbstverständlich sei, daß die Regierung demissionieren werde, sobald die Volksabstimmung ihre Ermächtigung zur Königswahl verweigern würde.

Sämtliche Mitglieder des schwedischen Kabinetts haben ihr Entlassungsgesuch eingereicht.

Ein gewerkschaftlicher Verband der Lehrer war in Paris und den umliegenden Orten in der Gründung begriffen. Der Seine-Präfekt hat aber dieses Syndikat nicht anerkannt; es widerspreche dem Gesetz von 1884. Der Genosse de Pressence hat daraufhin im Namen der Liga der Menschenrechte beim Minister des Innern Protest eingelegt, in welchem er die vollständige Rechtswidrigkeit des präfektoralen Entscheides nachweist. Wie den Postangestellten, so sucht man auch den Lehrern das Recht der Vereinigung zu unterbinden.

Partei-Angelegenheiten.

An der Spitze des „Vorwärts" findet sich heute diese Erklärung:

An die Parteigenossen!

Wir teilen mit, daß den Genossen Eisner, Grabnauer, Kalski, Schröder und Wetzker heute Abend brieflich die Mitteilung zuging, daß der Parteivorstand und die Preßkommission vom **29. d. Mts.** ab auf ihre Tätigkeit in der Redaktion des „Vorwärts" verzichten.

Genosse Bütner, der provisorisch als Redakteur angestellt war, ist ersucht worden, seine frühere Stellung als Korrektor am 1. November wieder anzutreten.

Vorläufig sind in die Redaktion eingetreten die Genossen Davidsohn, W. Düwell und Weber. Außerdem wird der Genosse Stadthagen in umfänglicherem Maße als bisher an der Redaktion teilnehmen.

Die Denkschrift des Vorstandes und der Preßkommission über die Differenzen zwischen einem Teil der Redakteure des „Vorwärts" und uns wird in den allernächsten Tagen erscheinen.

Berlin, den 28. Oktober 1905.

Der Parteivorstand. Die Preßkommission.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse trat am 28. Oktober zu einer Beratung zusammen, deren Gegenstand der Konflikt in der „Vorwärts"-Redaktion und etwa zur Wahrung der Berufsinteressen nötige Maßnahmen bildeten. Aus Mitgliederkreisen ist die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung im Sinne des § 10 des Vereinsstatuts angeregt worden.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Steglitz hat eine Resolution angenommen in der es heißt:

Der Verein kann sich mit dem Verhalten des Parteivorstandes in Sachen der Differenzen mit den sechs Redakteuren des „Vorwärts" nicht einverstanden erklären. Die Parteigenossen haben das größte Interesse an völliger Klarstellung und erwarten deshalb von dem Parteivorstand, daß er unverzüglich die erst für später in Aussicht gestellte Erklärung zu diesem bedauerlichen Vorfall veröffentlicht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. Oktober 1905.

Der Landbesitz der Stadt Breslau

ist, wie die alljährlichen Klagen gelegentlich der Etatsdebatten ergeben, bei weitem nicht so fruchtbar für den Stadtsäckel und das Gemeinwohl, als man das bei seiner Größe wohl erwarten dürfte. Die Stadt hat ziemlich erheblichen Grundbesitz, den sie in Kämmerei- und Rieselgüter teilt. Außerdem gehört zum städtischen Besitztum das Gut Herrnprotsch mit dem Vorwerk Johannesberg, offiziell als Eigentum des städtischen Allerheiligenhospitals bezeichnet.

So setzt sich der Grundbesitz wie folgt zusammen:

a) **Kämmereigüter:**		
Riemberg	273 ha	67,46 a
Kobelnick	105 „	5,28 „
Morgenau	35 „	19,51 „
b) **Rieselgüter:**		
Rittergut Oswitz	424 „	24,01 „
Gutsanteil Leipe	99 „	19,23 „
Rittergut Ransern	552 „	76,49 „
„ Weidenhof	704 „	85,19 „
c) **Hospitalgut:**		
Herrnprotsch mit Johannesberg . .	585 „	81,02 „
d) **Kämmereiforsten**	2003 „	81,02 „
e) **Forsten des Allerheiligenhospitals:**		
Peiskerwitz, Herrnprotsch u. Kottwitz	473 „	58,56 „
Insgesamt also	5251 ha	17,77 a

oder über 21,000 Morgen. Die Stadt hat nun, was die Güter anbetrifft, alle verpachtet mit Ausnahme des Gutes Riemberg, das in städtischer Regie bewirtschaftet wird. Die Land- und Forstwirtschafts-Deputation, der auch sogenannte Fachleute angehören, hat die Bewirtschaftung zu überwachen. Bisher hat nun diese Art der Bewirtschaftung der Stadt keinen Nutzen gebracht, sondern nur Zuschüsse erfordert, die zwar nicht hoch sind, aber doch jährlich einige tausend Mark ausmachen (1904: 1800 Mark). Seit der

konservative Landwirt Hoffmann zum Stadtrat erwählt worden, hat er die Leitung der Riemberger Wirtschaft zu überwachen und nach den wiederholten Versicherungen, die er als Fachmann der Stadtverordneten-Versammlung gegeben, soll für die Zukunft ein besseres Resultat in Aussicht stehen. Insbesondere hat Herr Hoffmann seine reformatorische Tätigkeit damit begonnen, daß er den sehr reduzierten Viehbestand des Gutes vergrößerte. Ja, er war sogar soweit gegangen, Pferde auf eigenes Risiko anzukaufen, um später die Bewilligung einzuholen. Wir wollen hoffen, daß es dem agrarischen Stadtrat gelingen möge, die Entwickelung des Gutes in günstigere Bahnen zu lenken.

Was die übrigen Güter anbetrifft, so sind die Ueberschüsse auch nicht besonders hoch. Die Rieselgüter z. B. bringen mit ihren 1774 Hektar 4,92 Ar ganze 50,580 Mk. oder pro Hektar 30.40 Mk. Wobei zu bedenken ist, daß die Stadt die Kosten der Berieselung und der dazu erforderlichen Anlagen trägt. Die Güter sind verpachtet und bringen pro Hektar Rieselland 68 Mk. (Oswitz), 55 Mk. (Ransern) und 52 Mk. (Weidenhof), während für zu denselben Gütern gehöriges (nicht berieseltes) Naturland 40 resp. 30 Mk. Pacht pro Hektar gezahlt wird. Das Kämmereigut Kobelnick mit seinen 105 Hektar bringt einen Pachtüberschuß von rund 1300 Mk. jährlich.

Im allgemeinen ist die Rentabilität des städtischen landwirtschaftlichen Besitztums also keine besonders glänzende. Da dürfte es sich für unsere Stadtverwaltung doch dringend empfehlen, der Frage näher zu treten, die jetzt in andern Orten im Vordergrunde der Debatten steht, ob die Verwendung des städtischen Landbesitzes zu Zwecken der Viehzucht nicht angängig und notwendig wäre. Auch der Breslauer Magistrat hat ja in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung eine Petition um Maßregeln gegen die Fleischnot an das Ministerium gesandt.

Unseres Erachtens aber kann sich die städtische Verwaltung nicht daran genügen lassen, gelegentlich gegen derartige Uebelstände zu petitionieren, sondern sie sollte alles tun, um die städtische Bevölkerung, insbesondere die Arbeitermassen, die innerhalb der städtischen Mauern wohnen, unabhängig von der Konjunktur der Fleischproduktion zu machen. Auf diesem Gebiete sind kürzlich in der von unserm Genossen Dr. Südekum herausgegebenen „Kommunalen Praxis" bemerkenswerte Vorschläge gemacht worden. Die großen Kommunen, hieß es dort, seien berufen, der Fleischnot in ihrem Bannkreis vorzubeugen, indem sie auf ihrem ländlichen Grundbesitz Viehzucht in ausgedehntem Maße und in rationeller Weise betreiben. Die Rieselgüter in eigener Regie bewirtschaftet, dazu die zahlreichen Küchenabfälle, die heute als Kehricht achtlos fortgetan werden, in zweckentsprechender Weise gesammelt und verwendet. — Das wäre die günstigste Vorbedingung für eine Viehzucht auf breitester Grundlage. Die Küchenabfälle aus den zehntausenden von Haushaltungen müßte allein Viehfutter von ungeheuren Quantitäten abgeben. Dazu aber kommt, daß der Stadt in ihren Rieselfeldern überaus fruchtbares Terrain zur Verfügung steht, daß gerade für solche Zwecke verwendet, erst rentabel würde. In Berlin ist man dem Vorschlage schon näher getreten und will eine Schweinemast auf den städtischen Rieselgütern anlegen. Auch auf den Rixdorfer Rieselgütern soll im Interesse der städtischen Fleischkonsumenten in größerem Maßstabe Viehzucht betrieben werden. Die gemischte Deputation, die mit der Beratung von Maßnahmen zur Abhilfe der Fleischteuerung betraut war, hat sich für dieses Unternehmen ausgesprochen.

Auch Breslau, denken wir, sollte diesem Gedanken näher treten. Vielleicht läßt sich Riemberg durch eine ausgedehnte Viehzucht rentabel machen. Als Absatzgebiet ist die Großstadt Breslau besonders geeignet und ein Schaden wäre es wirklich nicht, wenn in Zeiten der Fleischteuerung ein genügender Viehbestand vorhanden wäre, der zu erschwingbaren Preisen ohne den Zwischenhandelsprofit abgegeben werden könnte. Zwar hat der freisinnige Oberbürgermeister unserer Stadt erklärt, daß der Magistrat nicht daran denke, durch Errichtung kommunaler Fleischbänke etwa den Fleischern Konkurrenz zu machen — bewahre! —, aber ob die Entwickelung diesen selben Magistrat zwingt, die Produktion der Nahrungsmittel in die Hand zu nehmen, das ist eine andere Frage. Ueber die Unrentabilität der städtischen Güter wird beständig geklagt, gut, hier ist ein Gebiet, auf dem vielleicht Abhilfe des Uebelstandes zu erwarten ist, und auf dem die manchesterliche Stadtverwaltung ein soziales Werk von großer Bedeutung ausführen kann. Hier ist Rhodus, hier gilt's zu springen!

In geheimer Sitzung

soll die Stadtverordnetenversammlung den Nachtragsetat betreffend die Gehaltsaufbesserung der Beamten beraten. Es handelt sich dabei um die Bewilligung von jährlich fast einer Viertelmillion Mark. Da hat doch die Bürgerschaft ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, um was es sich dreht. Will man mit der Geheimnistuerei etwa verbergen, daß man den höheren Beamten hohe Zulagen und den niederen fast gar keine gemacht hat? Wir protestieren gegen ein solches Verfahren und verlangen im Interesse der Allgemeinheit, daß solche Fragen entsprechend der Städteordnung in der Oeffentlichkeit verhandelt werden.

* **Der Regierungsrat Steiniger** vom Breslauer Ober-Präsidium ist vom Berliner Stadtverordnetenkollegium zum Stadtkämmerer gewählt. Es trifft sich merkwürdig, daß der neue Stadtkämmerer, wie uns mitgeteilt wird, ein Verwandter des Direktors Micke von der Großen Berliner Straßenbahn ist, derselben Gesellschaft also, die seit Jahren mit der Berliner Stadtverwaltung in heftigster Fehde liegt.

* **An unsere Leser!** Am Sonnabend konnte die Versendung unseres Blattes leider nur mit bedeutender Verspätung erfolgen, da ein Maschinendefekt die Fertigstellung verhinderte. Wir bitten die unliebsame Verzögerung zu entschuldigen.

Vom kollektiven Arbeitsvertrag.

Wir erhalten noch folgende Zuschrift zu diesem nun gerade oft genug erörterten Thema:

Wir teilen hierdurch mit, daß das auf Unwahrheit beruht, daß Herr Karrasch uns entweder den Brief diktiert hat, noch die Hand dabei im Spiele hatte. Die Schreiberinnen des Briefes können und werden es jederzeit gerichtlich beeiden. Herr Schlegel dachte gewiß, daß wir nicht imstande sind, einen Brief zu setzen. Der Austritt aus dem Verbande wäre nicht geschehen, wenn wir seitens der Mitglieder nicht so hochfahrend behandelt worden wären. Wäre Herr Kordizke noch Vorsitzender, so hätte sich die ganze Sache im guten ausgeglichen; aber Herr Schlegel hat uns von Anfang an als Null betrachtet. Der zweite Grund der Ausscheidung aus dem Verbande ist das nicht kollegialische Verhalten der Schläger gegen uns, wie z. B. bei den Versammlungen, wo wir nicht immer teilnehmen durften, besonders bei der, wo ein neuer Vertrag sollte zu stande kommen. Derselbe ist uns nicht einmal vorgelegt worden und das gefiel uns natürlich nicht, daß wir nur zahlende und nicht mitredende Mitglieder sein sollten. Darüber waren wir so empört, daß wir Nachmittags den Brief geschrieben haben. Daraufhin wurden wir zu der Abendversammlung aufgefordert, welche wir auch besuchten. Als etliche unserer Kolleginnen ihre Meinungen aussprechen wollten, wurde ihnen gesagt, sie bekämen dann das Wort; jedoch wie es dazu kommen sollte, sagte Herr Philipp: „Ihr könnt gehen." Dazu ließen wir uns nicht zweimal heißen. Der Vertrag kam zu stande und wurde einige Tage darauf von Herrn Boronow und dem Verbandsleiter mit Unterschrift versehen. Also wußte Herr Schlegel ganz genau, daß wir zu der Zeit nicht mehr im Verbande waren. In dem letzten Vertrage stand wohl, wenn wir durch unseres Chefs oder durch des Werkführers Verschulden keine Arbeit hatten, bekämen wir Vergütigung. Aber wer hat uns das ersetzt, wenn die ersten Tage der Woche der größte Teil der Schläger arbeitsunfähig waren und wir stundenlang keine Arbeit hatten? Dadurch hatten wir einen erheblichen Schaden, denn das war unmöglich, das in den letzten Tagen einzuholen, was wir in den ersten versäumt haben. Ferner hat sich der Schläger P. sogar erdreistet, einer unserer Kolleginnen Prügel anzubieten. Ist das Kollegialität? Auch verbreiten die Schläger jetzt das Gerücht, der Streik wäre wegen Lohnabzug; sie schämen sich gewiß, den wahren Sachverhalt zu erzählen. Hoffentlich gibt sich die Verbandsleitung jetzt zufrieden, oder vielleicht kommen wir wieder in den Verdacht, dieses Schreiben auch nicht selbst verfaßt zu haben?

Die Auslegerinnen der Firma Louis Boronow.

* **Professor Dr. Bernhard Fischer**, der Direktor des städtischen chemischen Untersuchungsamtes, ist am Freitag an Gesichtskrebs verstorben. Fischer galt in seiner Fachwissenschaft als Autorität. Seit 1889 war er Direktor des hiesigen Untersuchungs-Amts.

* **Vortrag Tschirn.** Nächsten Donnerstag, den 2. November, Abends 8 Uhr, hält Herr Prediger Tschirn im großen Saale des Konzerthauses nochmals einen öffentlichen Vortrag im Anschluß an den Pariser internationalen Freidenker-Kongreß über das Thema: „Die Moral ohne Gott." Dieser Gegenstand wurde in Paris insbesondere von den sozialistischen Professoren Buisson und Thalamas behandelt. — Eintrittskarten wie das vorige Mal; im Vorverkauf bei Gottschalk, Pringsheim, Preuß u. Jünger.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Schriftsetzer** werden durch den „General-Anzeiger" von der Firma J. Grak in Olmütz (Mähren) gesucht. Demgegenüber sei mitgeteilt, daß sich das Personal der genannten Firma in Kündigung wegen Tarif-Streitigkeiten befindet und werden die Kollegen gewarnt, Kondition nach dort anzunehmen.

Der Vorstand des Bresl. Buchdrucker-Gehilfen-Vereins.

* **Achtung, Bauarbeiter und Maurer!** Laut Beschluß der gestrigen Mitglieder-Versammlung ist die Bausperre über die Bauplätze der Firma Steiner und Lindert aufgehoben worden.

Die Lokalverwaltung des Bauhilfsarbeiter-Verbandes.

* **Achtung, Stuckateure!** Der Vorstand ersucht um zahlreiches Erscheinen der Kollegen zu der am Dienstag, den 31. Oktober, stattfindenden Mitglieder-Versammlung, die sich auch unter anderem befassen wird mit der Maßnahme gegen Kollegen, welche sich den Beschlüssen der Organisation gegenüber strikte ablehnend verhalten.

Aus Schlesien und Posen.

Neustadt OS., den 30. Oktober. Die Beerdigung des Genossen Priesnitz fand Freitag, Nachmittags 3 Uhr, statt und zwar unter zahlreicher Beteiligung von Genossen und Genossinnen. Unter den zahlreichen Kränzen waren es die prächtigen Kränze vom Wahlverein mit der Inschrift „Unserem überzeugungsgetreuen Gesinnungsgenossen" und vom Verlag der „Volkswacht", „Für treu geleistete Dienste", welche allgemeine Aufmerksamkeit erregten. Eine Anzahl Sänger vom Gesangverein „Liederkranz" brachten im Trauerhause, sowie am Grabe mehrere stimmungsvolle Chöre unter anderem: „Ein Sohn des Volkes", in wirkungsvoller Weise zum Vortrag. Damit den roten Umstürzlern ja nichts passiere, war auf dem Friedhofe der Polizeiwachtmeister nebst einem Polizeisergeanten stationiert und diese sorgten dafür, daß die nach vielen Hunderten zählenden Anwesenden musterhafte Ordnung hielten. Einfach und schlicht war das Leben des Verstorbenen, ebenso das Begräbnis was bei allen Teilnehmern einen dauernden Eindruck hinterlassen wird.

Im Anschluß hieran sei folgendes mitgeteilt: Unsere Genossen wollten die Schleifen einiger Kränze mit Widmungen versehen, konnten aber keinen Drucker finden, der die Schleifen für Geld und gute Worte gedruckt hätte! Erst als man statt der roten Schleifen weiße nahm, geruhten die Tapferen, den Auftrag auszuführen und das Geld dafür einzustecken. In Oberschlesien glaubt sich eben jeder als Zensor und Vormund über die Arbeiter aufspielen zu können. Leider lassen sichs die Arbeiter gefallen!

Ebenso oberschlesisch glaubte sich der Kaplan Frommhold betätigen zu müssen. Am Donnerstag teilte er den Schulkindern den Tod Priesnitz's in einer Form mit, die in ihm alles eher denn den guten Seelenhirten vermuten läßt. Er sagte nämlich zu den Kindern, daß ein Sozialdemokrat gestorben sei, der jetzt mit rotem Schlips angetan im Sarge liege. Dieser Verstorbene sei unbekehrt gestorben und auf die Aufforderung des Arztes (!) er solle sich doch bekehren habe Priesnitz geantwortet: Wie er gelebt, so wolle er auch sterben. Wir wissen nicht, was der Vertreter Roms mit dieser Philippika bezweckte, nur soviel wissen wir, daß man mit solchen Geschichten und Märchen die Gemüter der Kinder gefälligst verschonen sollte.

Vermischtes.

Maßkrug und Kraftschädel. Als Verklärung eines bayerischen Kraftschädels stellte sich eine Geschichte dar, die jetzt in Süddeutschland kursiert. Der Michl und der Wastl waren sonst zwei gute Kerls und dabei zwei dicke Freunde; nur vor vierzehn Tagen kamen die beiden etwas übers Kreuz, und zwar wegen der Malesiapolitik. Der Michl war ein begeisterter Verehrer der Japaner, während der Wastl mit der gleichen Begeisterung zu den Russen hielt. Wie's halt so geht, die kriegerische Stimmung wurde von einer Maß zur anderen stets gereizter, bis der Wastl auf einmal seinen Maßkrug als Handgranate benutzte, erst den Deckel lupfte, hineinspitzte, und als er sah, daß er noch halb gefüllt war, einen Mordsschluck daraus nahm und dann mit einem „Jetzt halt'st amal dei' Maul!" die improvisierte Handgranate dem Michl an den Schädel warf, daß sie in tausend Scherben zerbrach. Alles sprang auf, der Michl mit, und mit der Hand seinen Kopf haltend, an dem eine stattliche Beule quoll, schrie er: „Zahl'n ko an Maßkruach, wern 'n brocha hat, i net!" „Herr, vogeli's Gott, weil's no a so ausganga is", seufzte der plötzlich nüchtern gewordene Wastl und half dem Michl seine Beule mit kalten Umschlägen dämpfen. Nach einer Viertelstunde saßen die beiden wieder beim fröhlichen Trunk, als ob nichts geschehen wäre, aber „übarn Kriag redmo nix mehr!" befahl der Michl.

Neueste Nachrichten.

Die Revolution in Rußland.

Tausende von Arbeitern in Odessa errichteten unter der Leitung von Studenten an vielen Straßenecken Barrikaden, indem sie Straßenbahnwagen, Bänke und Schilder aufeinandertürmten. Kosaken feuerten darauf und töteten einen Studenten, drei Arbeiter und ein Mädchen. Achtzehn Personen wurden verwundet und in Apotheken gebracht. Der Gouverneur forderte in Petersburg abermals die Verkündigung des Kriegszustandes.

In den in der vergangenen Nacht hier veranstalteten Volksversammlungen erschienen zwei Offiziere und vier Soldaten und ersuchten im Namen ihrer Regimenter die Studenten und die Arbeiter, nicht auf die Truppen zu schießen. Die Truppen versprachen dafür, in die Luft zu schießen. Mit Ausnahme der Kosaken schießen die Truppen in der Tat nicht auf die Menge.

Delegierte der ausständigen Beamten des Haupttelegraphenamtes in Petersburg erschienen auf der russischen Telegraphenagentur und forderten sie auf, den Betrieb einzustellen. Dies ist auch geschehen. Die Telegraphenbeamten sind in den Ausstand getreten. Als die Beamten des Haupttelegraphenamtes beschlossen hatten, ihre Tätigkeit einzustellen, begab sich der Chef des Petersburger Telegraphenamtes alsbald zum Staatssekretär Durnowo, dem Chef des russischen Post- und Telegraphenwesens, um mit diesem über die Lage und die Forderungen der Beamten zu verhandeln.

In der vierzehnten Matrosenequipage in Petersburg brachen Nachmittags ernstere Ruhestörungen aus, die jedoch gegen Abend unterdrückt wurden. Bei dem Vorstande des Advokatenvereins erschienen heute **vier Offiziere**, die die Bitte aussprachen, **ihnen bei der Organisierung der freiheitlichen Bewegung in der Armee behilflich zu sein.**

Privatnachrichten zufolge ist die Beendigung der Unruhen in Charkow durch die Weigerung des Gouverneurs, gegen die Menge Waffengewalt anzuwenden, herbeigeführt worden.

Einige Kosaken weigerten sich bei einer Kundgebung in Kiew auf die Menge zu feuern und wurden deswegen verhaftet.

Nachdem der Gouverneur in Reval die Zusicherung gegeben hatte, die Truppen von den Straßen zurückzuziehen und die Verhafteten freizugeben, **stellten die Arbeiter die Ruhe wieder her.**

In Czenstochau wurden bei einem Kampf zwischen Streikendem und dem Militär auf beiden Seiten viele Personen verwundet.

Bei einer Haussuchung in Lodz wurden drei Bomben entdeckt. Der Eigentümer, der auf die Polizei feuerte, wurde festgenommen.

In Helsingfors wurde der Ausstand auf der finnländischen Bahn von Petersburg bis Valkeasaari an der russisch-finnischen Grenze proklamiert.

Die Berliner Morgenblätter melden aus Petersburg: Der Sonntag ist ruhig verlaufen. Mehrere Mitglieder des Organisations-Komitees sind in der letzten Nacht verhaftet worden. Abends war die Stadt in Dunkel gehüllt; einzelne Straßen wurden durch brennende Holzstöße und mit elektrischen Scheinwerfern erleuchtet. Außer allen Fabriken wurde die Arbeit auch eingestellt im Senat, in der Reichskanzlei, im Gerichtspalast und bei den Friedensrichtern. Die Gouvernementssteuerbeamten und viele Banken streiken. Ein von Militär geführter Eisenbahnzug mit der Dienstpost ist aus Berlin eingetroffen.

Der „Lokalanzeiger" meldet aus Moskau: Vor den großen Markthallen kam es zu einem Straßenkampf. Die Fleischer widersetzten sich dem Verlangen der Agitatoren, die Läden zu schließen. In der Schlägerei wurden vier Agitatoren getötet. Ein Volkshaufe von 2000 Köpfen begann die Markthalle zu stürmen. Es wurde Militär herbeigerufen, welches angeblich zurückgedrängt wurde.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

29. u. 30. Oktober.	Mittags 12 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	+ 7,8	+ 5,4	+ 4,0
Luftdruck bei 0° (mm)	747,0	746,1	744,6
Dunstdruck (mm)	4,9	5,5	4,7
Dunstsättigung (pCt.)	61	82	77
Wind (0—12)	W 2	S 3	SO 3
Wetter	bewölkt.	bedeckt.	bewölkt.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission
Breslau, 28. Oktober.

Pro 100 Kilogramm

	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	17.50	16.70	16.60	15.80	15.70	14.70
Weizen, gelber	17.40	16.60	16.50	15.70	15.60	14.60
Roggen	16.20	15.60	15.50	15.10	15.00	14.10
Gerste	15.00	14.50	14.40	13.80	13.20	12.30
Hafer	15.10	14.60	14.50	14.40	14.00	13.60
Viktoria-Erbsen	18.00	17.00	16.00	15.00	14.00	13.00
Erbsen	17.50	17.00	15.80	14.80	14.00	13.50

Heu pro 50 Kilogramm 2.20—2.50 Mk.
Stroh, pro Schock 22.00—24.00 Mk.
Winterraps 22.20—20.20—18.20 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl fest, per 100 Kilogramm inkl. Sack brutto, Weizenmehl 00 fest, 24.00—25.00 Mk. Roggenmehl 00 fest, 23.50—24.00 Mk. Roggen-Hausbacken fest, 23.00—23.50 Mk. Roggen-Futtermehl fester, 10.25 bis 10.75 Mk. Weizenkleie fester, 9.50—10.00 Mk.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 27. Oktober.

Getrauungs-Ankündigungen. IV. Schuhmacher Robert Scholz, ev., Hohenzollernstraße 38/40, und Anna Fleischer, evang., Schottwitz. — Friseur Wilhelm Jahn, ev., Gräbschenerstraße 115, und Klara Urbanczyk, ev., Gräbschenerstraße 117. — Schneider Julius Reich, ev., Oderstraße 17, und Martha Pohl, ev., Luisenstraße 16. — Kaufmann Paul Konopielski, kath., Klosterstr. 147, und Bally Bohnischka, kath., Gartenstraße 54.

Eheschließungen. IV. Rangierer Hermann Böhm, ev., Berlinerstraße 2, mit Helene Kondziel, ev., Viktoriastraße 63. — Schuhmacher Paul Rödiger, kath., Brandenburgerstraße 18, mit Auguste Pavel, ev., ebendas. — Steinmetzarbeiter Karl Hoffmann, ev., Gräbschenerstraße 88, mit Karoline Debmel, ev., Kronprinzenstraße 70. — Schuhmacher Fritz Schmehl, kath., Neue Schweidnitzerstraße 12, mit Emma Paul, kath., Höfchenstraße 24. — Landwirt Paul Lehnert, kath., Augustastraße 1, mit Maria Golsch, kath., ebendas. — Kaufmann Paul Brandt, ev., Landsberg a. d. Warthe, mit Toni Schneider, ev., Viktoriastraße 21.

Geburten. III. Zimmermann Maximilian Pflug, evg., S. — Restaurateur Hermann Kovatt, ev., T. — Arbeiter Fritz Gotter, ev., S. — Kürtner Paul Werner, ev., T. — Glaser Hermann Schmehl, ref., T. — Arbeiter Hans Roesler, ev., T. — Schlosser Hermann Brückner, ev., S. — Steinsetzer Oskar Schmidt, ev., T. — Arbeiter Alfred Gaale, ev., S. — Arbeiter Paul Janke, ev., S. — Restaurateur Ernst Sindermann, kath., S. — Städt. Volksschullehrer Adalbert Schmidt, ev., S. — Hausbesitzer Leo Mittelstädt, ev., T. — Maurer Karl Barwanitz, ev., T. — Königl. Baurat Arthur Buchwald, ev., S. — Arbeiter Max Göbel, ev., T. — Kaufmann Franz Birkner, kath., S. — Hausdiener Hermann Hermsdorf, ev., T. — Expeditions-Vorsteher August Trost, kath., T. — Former Hermann Fuhrmann, kath., T. — Telegraphenarbeiter Josef Biolkowski, kath., T. — Arbeiter Karl Mohr, kath., S. — Bäcker Josef Hein, ev., T. — Sanitäts-Feldwebel Hugo Grubl, ev., S. — Hutmacher Johannes Teßmer, kath., T. — Schuhmacher Gottfried Glatz, ev., S. — Arbeiter Anton Jaguisch, kath., T. — Tischler Julius Deutsch, ev., S. — Arbeiter August Hermann, kath., S. — Kalkulatur-Vorsteher Franz Andres, kath., S. — Kellner Wilhelm Nitschke, ev., S. — Schneider Paul Schirmer, kath., T.

Briefkasten.

Sch., Hermsdorf. Senden Sie uns die erste Nummer des neuen Blattes ein. Gruß.

Wüstewaltersdorf. Ihre Einsendung eignet sich besser für Ihr Fachblatt. Wir werden sie deshalb an den „Textilarbeiter" senden.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Messerstraße 18/19.
Sprechstd. v. 11—1 u. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag)
Kassierer Karl Fläschel, Grünstraße 14/16.

Gewerkschaftshaus.
Montag, den 30. Oktober:
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8½ Uhr: Zahlabend. Zimmer Nr. 1.
Donnerstag, den 2. November:
Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 3 und 4.
Sonnabend, den 4. November:
Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahlabend. Parterre links.
Sonntag, den 5. November:
Liedertafel „Treue", (Breslauer Holzarbeiter). Zweites Stiftungsfest.
Donnerstag, den 9. November:
Malerverband. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).
Bezirke 1, 3 u. 4. Mittwoch, den 1. November, Abends 8 Uhr: Zahlabend und Zusammenkunft aller Bezirksführer im Distriktslokal. Der Distriktsführer.

Distrikt III (Oder-Vorstadt).
Bezirk Oswitz. Dienstag, 31. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft betreffs Kalender-Agitation.

Distrikt IV (Sand-Vorstadt).
Mittwoch, den 1. November, Abends 8 Uhr in Pankes Restaurant, Weinstraße: Büchertausch bezw. Kassierung.

Distrikt X (Pöpelwitz, Neukirch, Klein-Mochbern, Maria-Höfchen, Schmiedefeld, Gandau, Hermannsdorf, Masselwitz, Lissa).
Bezirk 22. Mittwoch, den 1. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale.

Hirschberg-Schmiedeberg. Oeffentliche Volksversammlungen: Dienstag Abend in Cunnersdorf (Andreasschenke), Mittwoch Abend in Schmiedeberg (Goldener Schlüssel). Referent: Robert Albert-Breslau. Thema: „Die deutschen Patrioten und der Bankerott Rußlands".

Striegau. Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung am Donnerstag, den 2. November, Abends 8 Uhr, in der „Bierquelle". Vortrag des Kollegen Fr. Stusche-Berlin. Kollegen agitiert unter den unorganisierten Holzarbeitern für einen guten Besuch. Der Einberufer.

Jauer. Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung am Mittwoch, den 1. November, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Grünen Adler". Vortrag des Kollegen Stusche-Berlin.

Jauer. Holzarbeiter-Verband. Sonnabend, den 4. November, Abends 8 Uhr: Versammlung im Gasthof zum „Grünen Adler".

Jauer. Wahlverein. Sonntag, den 5. November, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Gasthof zum „Grünen Adler".

Jauer. Gewerkschaftskartell. Montag, den 6. November: Sitzung im Gasthof zum „Grünen Adler".

Liegnitz. Volksverein. Donnerstag, den 2. November, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: Besprechung über den zu gründenden Wahlkreisverein. Pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten" und die Inserate: Franz Krühs; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen": Robert Albert; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": Paul Löbe. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Am 28. d. Mts. verschied nach langem Leiden meine liebe Frau und Mutter
Marta Pattusch, geb. Beck
im Alter von 27 Jahren
Dies zeigen tiefbetrübt an, mit der Bitte um stille Teilnahme
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag, den 31. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, nach dem Erlöser-Kirchhof in Oswitz.
Trauerhaus: Trebnitzerstrasse 18. 3036

Am 28. d. M. verstarb die Frau unseres Freundes und Kollegen Pattusch,
Marta Pattusch, geb. Beck
im Alter von 27 Jahren. 3037
Ehre ihrem Andenken!
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Stadt-Theater.
Montag: „Carmen."
Dienstag: „Tannhäuser."
Mittwoch: Gastspiel Pasquale Amato: „Othello."

Lobe-Theater.
Montag: „Wiener Blut."
Dienstag: Die Brüder v. St. Bernhard.
Mittwoch: „Don Cesar."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Montag: Gruppe C. 2. Vorstellung: „Die Ehre."

Liebich's Etablissement.
Telephon 1646.
Heute Montag:
Vorletztes Gastspiel
der
Traumtänzerin Madeleine
außerdem zum vorletzten Male:
Eduard Kornau
und das brillante
Oktober-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Brigittenthal 13,
schöne, renovierte Wohnungen billig zu vermieten. 3034

Sofa
gebr. umgearb. neu bez. u. pol. bill. z. verk. Off. u. S. 143 Exp. d. Ztg.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Oprea Olympia
7 Leopolds
Lotte Mende
Milly Capell
und die übrigen hervorragend. Spezialitäten.
Sons wochentags gültig.
Anfang präzise 7½ Uhr.

Ich kaufe gebr. Möbel. Bei plötzlich. Fortreise, Todesfall, Wohnungsaufgabe ganze Einrichtungen gegen sofortige Zahlung. Bef. brieflich.
Wahler, 3033
Gartenstraße 36.

Unterröcke spottbillig 2907
Albert Fuchs
Schweidnitzerstr. 49.

Vor Erkältung 2880
schützt man sich am besten durch regelmäßige Beobachtung eines geprüften Fensterthermometers.
Beste Instrumente empfiehlt:
Optische Industrie
„Heidrich"
Stadttheater gradeüber.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
(Zweigverein Ohlau).
Zu dem am
Sonntag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr,
im Saale des Gasthofes zum „grünen Baum" zu Baumgarten stattfindenden
3. Stiftungsfestes
bestehend aus 3033
humoristischen Vorträgen und Ball
ladet ergebenst die umliegenden Zweigvereine und Gönner des Verbandes ein
Das Komitee.

Volksvorstellung 1905|6
(Thalia-Theater).
II. Aufführung.
Sonntag, den 5. November 1905
Nachmittag 3½ Uhr:
„Die Ehre"
Schauspiel in 4 Akten von H. Sudermann.
Preise der Plätze:
I. Rang 0.70, Parkett 0.60, Sperrsitz 0,50, III. Rang 0,20, Galerie 0.10.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Kolporteuren.

Zur gefälligen Beachtung!
Fischergasse 3
Dem geehrten Publikum empfehle meine
neu renovierten Lokalitäten
einer gefälligen Beachtung.
Für gute Speisen und Getränke ist stets gesorgt.
Um gütigen Zuspruch bittet 2985
R. Bauditz, Restaurateur
Fischergasse Nr. 3.

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt. 2900
Auswärts briefl.

Drittes Haus vom Blücherplatz.
Allerfeinste Tafelbutter
der vereinigten Molkereien
Konstadt, Kreuzburg, Neurode, Jerka, Zachasberg, Kirchdorf,
täglich frischer Eingang.
Jetzt das Pfund 1.25 Mk.
Molkerei-Niederlage
Nr. 8, nur Ring Nr. 8
Kurfürstenseite. 2927

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Margaretenstr. 17
Große öffentliche Versammlung
aller in der Tabakbranche beschäftigten Personen.
Tagesordnung:
1. „Die soziale Lage der Zigarren- und Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen und die drohende Tabaksteuer. Referent: Franz Schmidt, Berlin. 2. Freie Aussprache.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. [3035
J. A.: Der Bevollmächtigte.

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 2129
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Verkauf gebr. gut. Möbel, ganz. Stuben-Einrichtungen zu 20, 30, 50 Mk. Sofas in schönen Mustern und Farben sehr preiswert. 3038
Friedrichstraße 66, am Tauentzienplatz.

Die Molkerei-Niederlage
3 Ring 3
(im kleinen Laden)
empfiehlt ihre berühmte, täglich frisch eintreffende 2960
allerfeinste
Tafelbutter
das Pfund nur **1.25 Mk.**
A. Beininger.

Man fühlt sich in die
schöne Zeit
zurückversetzt, in denen die Heinzelmännchen
der guten Hausfrau
über Nacht die Arbeit machten, wenn man Oxygon zum Waschen verwendet. Oxygon ist ein ganz harmloses Reinigungsmittel und enthält absolut keine Bestandteile, welche dem Gewebe schaden können und doch wirkt es durch seine Zusammensetzung so überaus schnell reinigend und die Wäsche bleichend. In der halben Zeit haben Sie Ihre Wäsche fertig und dabei blendend weiß, wie es mit gewöhnlicher Seife kaum möglich ist. Lesen Sie vor Gebrauch genau die Gebrauchsanweisung, die bei jedem Kaufmann zu haben ist. 2966

Damen-Filzhüte 2414
billigst **direkt** Filzhut-in der Fabrik
Neue Graupenstr. 11, Hof
Freund & Krebs
Filzhüte werd. modernisiert.

Hienfong-Essenz
extra stark, versendet an Wiederverkäufer 1 Dutzend 2.50 Mk., 1 Postpaket enthält 30 Flaschen zu 6.25 Mk. 2686
Laboratorium Dr. Seifert
Dittersbach No. 79
bei Waldenburg (Schlesien).

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Miksch, 2779
Kupferschmiede-Strasse 47.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Buchhandlung Volkswacht.
Der gesunde und der kranke Mensch v. König, 70 Hefte à 0.15

Hamburger's Lederhosen
sind für Zimmerleute, Maurer und Arbeiter aller Berufe mit die besten. Eugen Hamburger, Bohrauerstraße 25. [2695

Beilage zu Nr. 254 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 31. Oktober 1905.

Aufruhr im ganzen Reiche.

Das blutige Morgenrot des Schlachttages steigt empor. Schon aber steht die Revolution fest und stark, über dicht gescharte Reihen gebietend, auf dem Felde, über dem ihr Banner glorreich wallt. Denn sie hat die Herrschaft den Knechten des Zaren bereits entrissen. Unbekümmert um Verbote und Gebote versammeln sich die Arbeiter, Studenten und Doktoren in den Hallen der Hochschulen, den Hauptquartieren des Aufstandes. Während die Kosaken durch die Straßen patrouillieren, ziehen Tausende nach den Versammlungsorten zu und ab, und in dem Lande, wo noch vor einem Jahre der bloße Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung die sichere Anweisung auf einige Jahre Sibirien bedeutete, ertönen Reden, deren jedes Wort den blutigen Kampf gegen den Zarismus bedeutet. Ueber die Bahngeleise, die dem Verkehr und dem Transport der kaiserlichen Truppen verschlossen sind, rollen mit Bomben gefüllte Waggons heran, in den Gassen werden Waffen verteilt, und die Setzer, die die Druckereien des Staates stillgestellt haben, verkünden, daß von nun ab in Petersburg die Presse nur noch im Dienste der Revolution wirken soll. Sachte sind die wichtigsten Machtmittel der Gesellschaft in die Hände der Revolutionäre geglitten, alle Autorität ist zerbrochen. Die Regierung, die ihre Universitäten nicht absperren, ihre Postämter nicht behüten, die Läden und Fabriken nicht schützen kann, hegt nur noch einen Gedanken, im Massenkampf auf den Straßen die Ueberlegenheit der Waffen und der militärischen Disziplin wirken zu lassen. Sie herrscht nur so weit, als die Gewehre schießen.

Alles drängt fiebernd der Entscheidung zu, und entschieden wird vor allem über Thron und Leben des Zaren. Sollten seine Truppen siegen, wie weit könnte der Sieg sie führen? Von dem, was in den letzten Wochen zertrümmert wurde, ist nichts wieder aufzubauen. Das alte Rußland, das Rußland des vorigen Jahres, existiert nicht mehr, alle Elemente seines Daseins sind verflüchtigt. Man kann eine Massenansammlung mit Nagaikahieben auseinandertreiben, Revolver und Bomben durch Gewehre und Geschütze bezwingen, über die Begeisterung und den Todesmut eines ungeordneten Haufens durch den Kadavergehorsam schießender Maschinen siegen. Was ist damit getan, als daß zu den tausenden Totenopfern, die dieses Jahr aufgehäuft hat, neue Tausende gelegt werden? Wird die finstere, verzweifelte Entschlossenheit eines Volkes, das sein ganzes Leben zum Stocken bringt, sich selbst in die Hungersnot stürzt, seine Krankenhäuser verwaisen läßt, durch die Verluste einer Schlacht gebrochen? Ist der Gehorsam wiederherzustellen von Behörden, die seit Monaten nur so weit regieren, als sie ihre Polizei aussenden können, freiwillige Unterordnung aber auch bei dem ruhigsten Bürger nicht mehr finden? Kann der Zar hoffen, seine Selbstherrschaft hinter der Schutzmauer der Reichsduma zu bergen, die entweder, wenn sie sich ihm dienstwillig zeigt, derselben Verachtung verfällt wie die Bureaukratie, oder, wenn der revolutionäre Geist die Dämme des Wahlrechts durchbricht, zum eigentlichen Herd der Bewegung wird? Aber hofft denn der Zar noch seinen ausgeklügelten Scheinkonstitutionalismus aufrecht zu erhalten? Mit der Ernennung Wittes, mit der Zusicherung eines Versammlungsrechtes ist die beratende Kammer gleichfalls preisgegeben. Die Angst erpreßt jetzt dem zagenden, schwachen Tyrannen Zugeständnis auf Zugeständnis, aber jedes bedeutet bloß eine neue Waffe in der Hand der Revolutionäre. Der Zarismus wird dem Schicksal, das sich furchtbar an ihm erfüllt, nichts mehr abmarkten.

Deutsche Truppen an der russischen Grenze.

Die beiden preußischen Grenz-Armeekorps sind infolge der russischen Grenzunruhen seit vorgestern in ihren Kasernen konsigniert. Wozu? Die Russen werden nicht herüber kommen und wir haben drüben nichts zu suchen!

Die neue Regierung.

Graf Witte unterbreitete in Peterhof die Liste des neuen Ministerkabinetts. Auch Minister Bulygin und General Trepow waren in Peterhof.

Polizeiminister Trepow versichert, daß er nunmehr in der Lage sei, jeden Gewaltstreich in Petersburg zu unterdrücken und den Widerstand in den Provinzstädten zu brechen. An der rapiden Ausbreitung des Aufstandes soll nach Trepows Ansicht die schlechte Organisation der Provinz-Polizei Schuld haben, die ihn, Trepow, bis zur letzten Stunde ungenügend informierte und seine Befehle nicht immer korrekt ausgeführt hat. Nach mehrmaligen Konferenzen zwischen dem Zaren und dem General Grippenberg werden die Vollmachten desselben bedeutend erweitert und ihm die provisorische Leitung der Petersburger Garnison übertragen.

Die Armee wird unsicher.

Bei verschiedenen Versammlungen haben **Offiziere und Soldaten** sich offen zum **revolutionären Programm** bekannt. Auch die Kosaken verweigern bereits den Gehorsam und es herrscht unter ihnen eine Erbitterung darüber, daß man sie zum Kampfe gegen das „Brüdervolk“ kommandiert. Dieser Tage wurden **50 von ihnen verhaftet**, weil sie sich weigerten, auf das Volk zu schießen.

Eine eigene Regierung.

Die in Moskau vertretenen politischen Parteien haben beschlossen, sich zu vereinigen, eine eigene Regierung zu wählen und selbständig zu handeln.

Das Manifest des Zaren

ist erschienen. Es soll eine Einlösung des Versprechens darstellen, daß dem Volke die Versammlungsfreiheit gewährt werden solle, es dürfte aber angesichts der durch 12 Sonderpunkte festgelegten Beschränkungen nur geringen Eindruck machen; insbesondere werden der die Aufsicht führenden Persönlichkeit, welche die Regierung zu jeder drei Tage vorher angemeldeten Versammlung entsendet, weise Vollmachten zu ihrer Schließung in die Hand gegeben.

Solche „Freiheiten“ können in der Tat nur als eine Verhöhnung des Volkes aufgefaßt werden.

Die letzten Nachrichten aus Petersburg

lauten wie folgt:

Am Sonnabend sind bei einem Teile der Privatbanken die Angestellten in den Ausstand getreten, der größere Teil der Banken hält jedoch den Betrieb aufrecht. Wenn auch nicht formell, so befindet sich doch tatsächlich Petersburg seit Freitag im Belagerungszustande. Fast das gesamte, in Zarskoje Sielo stationierte Militär ist nach der Hauptstadt berufen. Das ganze politische Leben konzentriert sich hier augenblicklich jenseits der Newa, wo in den Räumen der Universität und der Akademie der Künste von Angehörigen aller Klassen und Stände Meetings abgehalten werden, an denen gegen 60,000 Personen teilnehmen. Sogar die Fähnriche der Reserve sind zusammengetreten, Protest gegen das bestehende Regierungssystem zu erheben, ebenso die Advokaten, Ingenieure, Schriftsteller, Bankbeamte usw. Das Revolutionskomitee hat eine Menge Revolver und Patronen erhalten, die es den Arbeitern zu billigem Preise verkauft; je 25 Patronen werden gratis abgegeben. Die elektrischen Werke „Helios“ streiken, so daß die halbe Stadt und viele Privatwohnungen ohne Beleuchtung geblieben sind. Die Preise der Nahrungsmittel steigen fortgesetzt. Der Stadtteil von Wassili Ostrow ist ohne Wasser, da die Wasserwerke abgesperrt sind.

Die Staatsbank und die Reichsrentei sind militärisch besetzt. Beide, wie auch ein Teil der Privatbanken, arbeiten noch, der Verkehr vollzieht sich wie gewöhnlich. Die Börse ist besucht, doch werden wenig Geschäfte ohne Angebot abgewickelt. Die finnländische Bahn ist unter militärischem Schutz wieder im Betrieb. Für das Ausland wird die einfache Korrespondenz vorläufig über Helsingfors-Abo-Stockholm befördert. Abgesehen von zahlreichen Militärpatrouillen macht das Straßenbild in der inneren Stadt den gewöhnlichen Eindruck. An vielen Stellen sind Sanitätswachen und Verbandsstellen eingerichtet. Alle Apotheken haben sich den Ausständischen angeschlossen, der Verkauf von Medikamenten ist völlig eingestellt. Die Petersburger Anwälte mit ihren Gehilfen wollten vereint mit den Arbeitermassen die Schließung des Bezirksgerichts erzwingen und dann in den Gerichtssälen Volksversammlungen abhalten. Die Anwälte durchzogen die Räume des Gerichts und zwangen die Beamten, sich zu entfernen und den Dienst einzustellen. Als nunmehr die Volksmassen in das Gericht zur Abhaltung von Versammlungen eindringen wollten, wurden sie von dem Militär und der Polizei auseinandergetrieben. Eine in der Sergiewskaja befindliche Apotheke, welche den Verkauf wieder eröffnet hatte, wurde vom Pöbel geplündert und verwüstet.

Die Meetings in den Hochschulen

dauerten Freitag Abend weit über Mitternacht hinaus. In der Universität allein tagten Arbeiter, Handwerker, Buchdrucker, Ladengehilfen, Buchhalter und Kontoristen, Lehrer, Professoren, Ingenieure, Advokaten, Aerzte, Staatsbeamte, Journalisten in den verschiedenen Hörsälen. Der Zweck der Debatten war der Anschluß an den Ausstand. Die Journalisten erörterten einen Vorschlag, die Presse solle fortan ohne jede Beachtung der bureaukratischen Zensurvorschriften schreiben; wenn die Regierung dann Gewalt anwende, sollten alle Blätter ihr Erscheinen einstellen und es sollte eine insgeheim herauszugebende Presse etabliert werden. Hiermit waren auch die Setzer einverstanden. Als die elektrische Beleuchtung versagte, zündete man auf den Meetings überall bereithaltene Kerzen an, da ein Ausstand der Elektrotechniker angesagt wurde.

In Moskau sieht es trostlos aus.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur vom Sonnabend meldet, sind alle Banken, Geschäfte, Restaurants und Theater geschlossen, ein Börsenverkehr fand nicht statt. Die Schließung der Universität steht bevor. Die Duma beschloß, sich in Permanenz zu erklären. Die Gaswerke haben ihre Tätigkeit eingestellt. Der Telegraphenverkehr zwischen Moskau und Petersburg ist unterbrochen.

Die Moskauer Fabrikanten

ließen durch eine Abordnung dem Generalgouverneur erklären, sie hielten die Verhängung des Kriegszustandes nicht für wünschenswert, dagegen für notwendig, den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen auch in Fabriken zu gestatten, die Reichsduma auf freiheitlichen Grundlagen zu organisieren und dem Volke elementare Freiheiten zu gewähren.

Aufruhr der Schwarzen Meer-Flotte.

Aus Odessa wird gemeldet:

Beunruhigende Nachrichten sind hier aus Sebastopol eingetroffen. Danach wurde das Schlachtschiff „Knjäs Potemkin“ von der Schwarzen Meer-Flotte am Mittwoch von Brandstiftern in Brand gesteckt und völlig vernichtet. Gleichzeitig brach unter der Besatzung des Schlachtschiffes „Kaiserin Katharina II.“ eine Meuterei gegen die Offiziere aus. Gleiches ereignete sich bei einer Kompanie der Festungs-Artillerie. Beide Meutereien konnten nur unter großen Schwierigkeiten unterdrückt werden. 400 Mann wurden verhaftet.

Während einer Petersburger Sitzung der Ausständigen wurde ein Telegramm aus Sewastopol verlesen, demzufolge die Schwarze Meer-Flotte in vollster Empörung, der „Knjäs Potemkin“ explodiert und Marineminister Birilew angeblich verunglückt sei.

Das ganze Reich im Aufruhr.

In Reval steht das Stadttheater in Flammen. Amtlich wird bekannt gemacht, daß über Stadt und Kreis Charkow der Kriegszustand verhängt worden ist.

In Reval haben mehrfache Zusammenstöße mit der Polizei und den Truppen stattgefunden. Die Zahl der Getöteten wird auf acht, die der Verwundeten auf 40 angegeben. Mit Gewehren und Revolvern bewaffnete Haufen verhinderten die Feuerwehr, das in Brand gesteckte Stadttheater zu löschen. Am Freitag Abend wurden die Telegraphenstangen umgestürzt. Infolge von Beschädigungen in den Gasfabriken fehlt die Straßenbeleuchtung. Die Arbeiter ziehen lärmend und schießend umher.

In Odessa herrscht eine ungeheure Straßenbewegung. Streikende Mittelschüler zogen von Schule zu Schule und erzwangen die Einstellung des Unterrichts. Rufe erschallen: „Nieder mit dem Absolutismus! Hoch die Revolution!“ In der Kanatnejasstraße zog die Polizei mit blanken Säbeln gegen die stürmenden Knaben und Mädchen los. Viele wurden schwer verwundet. Der Bürgermeister und die Dumabeamten veranstalteten eine außerordentliche Sitzung und faßten eine Resolution, in der der Bürgermeister beim Stadthauptmann gegen das Vorgehen der Polizei protestiert.

Der Gouverneur von Kiew droht, bei weiteren revolutionären Ausschreitungen die Stadt beschießen zu lassen. Die Geschütze sind bereits am Bahnhofe postiert.

Der Verkehr auf den Südwest-Eisenbahnen kann nicht mehr im vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Die Züge gehen nicht mehr bis Odessa. Der Gouverneur verkündet durch Anschlag das Verbot der Zusammenrottung auf den Straßen, verlangt Gehorsam den Truppen gegenüber und droht mit der Anwendung der Waffen. Alle Schulen feiern. Auf der Universität werden die Volksversammlungen fortgesetzt.

Die Eisenbahnarbeiter in Riga beschlossen, ebenfalls in den Streik zu treten. In Libau ist dies bereits geschehen. Bisher herrscht hier noch Ruhe. In den Fabriken wird noch gearbeitet. Die Zensur streicht alle Nachrichten über die Streikbewegung.

Die Revolution in Polen.

Warschau ist nicht bloß vom Auslande, sondern auch vom übrigen Rußland fast vollständig abgeschnitten. Ueberdies liegen in den Telegraphenämtern ganze Stöße nicht expedierter Telegramme, insbesondere Geschäftsdepeschen, die sich in den letzten Tagen infolge der Unterbrechung des Bahnverkehrs in ungewöhnlichem Maße angehäuft haben.

An vielen Stellen der Weichselbahnen und der Warschau-Wiener Eisenbahn wurde der Bahnkörper derart beschädigt, daß sogar nach Beendigung des Streiks der Eisenbahnangestellten die Vorkehrungen zur Wiederherstellung des Verkehrs genug Zeit in Anspruch nehmen werden. Auf der Warschau-Wiener Strecke wurde bei Myszkow eine Bahnbrücke mittels Dynamits in die Luft gesprengt.

In der Nacht zum Freitag brach im Zentrum von Warschau ein großer Brand aus. **Der Bahnhof der Warschau-Wiener Eisenbahn ist nahezu gänzlich eingeäschert.** Die Katastrophe nahm einen um so bedenklicheren Charakter an, als die zur Hilfeleistung herbeigerufene **Feuerwehr den Gehorsam versagte.** Die Feuerwehrleute mußten gewaltsam gezwungen werden, unter Infanterie-Eskorte, gerade so wie Sträflinge, auf die Brandstätte sich zu begeben. Inzwischen hatte das Feuer schon große Ausdehnung genommen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Streikende Arbeiter überfielen die in den Straßen umherstreifenden Militärpatrouillen mit Pistolenschüssen und trieben sie auseinander. Die Behörden beorderten ein größeres Militäraufgebot. Dies hinderte aber nicht, daß die Streikenden die Telephon- und Telegraphenverbindungen rings umherzerstörten; die Telegraphenbeamten blieben in den Bureaus untätig, da die Apparate nicht funktionierten.

Das sozialdemokratische Zentralkomitee hat eine Flugschrift verbreitet, in der es heißt, man kämpfe um die Aufhebung des Kriegszustandes, die Befreiung aller politischen Gefangenen, die Erlangung der weitestgehenden bürgerlichen Freiheit und die Einberufung von gesetzgebenden Volksvertretungen in St. Petersburg und Warschau auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes. Die Flugschrift fordert alle Militärpflichtigen auf, bei der Losung nicht zu erscheinen.

In Lodz dauert der Generalstreik fort. Die Straßen gleichen Infanterielagern. Die Erklärung des dritten Grades des Kriegszustandes steht auch dort bevor. Die Läden sind geschlossen, die Zeitungen erscheinen nicht. In Papiance ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Dritter Grad des Kriegszustandes.

Für die Stadt Warschau ist der dritte Grad des Kriegszustandes eingeführt. Nach 8 Uhr Abends darf sich niemand mehr auf der Straße zeigen.

Freitag Abend erließ die Polizei auf Befehl des Generalgouverneurs eine Verordnung, wonach alle Häuser von 5 Uhr Nachmittags an zu schließen seien, ebenso die Kaffeehäuser und Konditoreien. Um 9 Uhr müssen die Restaurants zweiten, und um 10 Uhr die ersten Ranges geschlossen werden.

Schloß in Asien stürmts.

Die Angestellten der Transbaikalbahn sind in den Ausstand getreten. Die Angestellten der mittelasiatischen Eisenbahn haben die Arbeit eingestellt.

Der unterbrochene Verkehr.

Reisende, die aus Rußland in Berlin eingetroffen sind, haben zum Teil viele Umwege einschlagen müssen. So ist einer von Warschau auf der Weichsel bis Thorn und von da mit der Bahn nach Berlin gefahren. Reisende nach St. Petersburg sind von Berlin nach Stettin gefahren, um von dort ihr Ziel auf dem Wasserwege zu erreichen.

Auf den Berliner Bahnhöfen macht sich die Verkehrsstockung sehr unliebsam bemerkbar. Eine ganz gewaltige Abnahme des Verkehrs nach dem Osten ist zu verzeichnen, soweit der internationale Durchgang in Betracht kommt.

Jetzt kann auch nicht gepumpt werden.

In Ansehung der inneren russischen Verhältnisse, welche nicht ohne ungünstige Wirkung auf das Verhalten der europäischen Geldmärkte gegenüber den russischen Werten bleiben konnten, erklärte der Finanzminister aus eigener Initiative hier eingetroffenen Bankiers, ohne jedwede Mitteilung von seiten der letzteren, daß er vorschlage, weitere Unterhandlungen über die geplante Kreditoperation bis zur Aenderung der erwähnten Verhältnisse und bis zum Eintritt günstigeren Verhaltens der ausländischen Geldmärkte den russischen Werten gegenüber hinauszuschieben.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Wilhelm Blos sendet dem „Vorwärts“ folgende

Erwiderung.

Wegen eines von mir in der „Neuen Welt“ veröffentlichten Artikels über den Parteitag von St. Gallen hat Frau Alice Geiser eine Erklärung an den „Vorwärts“ gerichtet, die in dessen Nr. 220 vom 20. September 1905 erschienen, mir aber erst heute zu Gesicht gekommen ist, da ich inzwischen verreist war. Frau Geiser macht mir zum Vorwurf, daß ich den vom St. Galler Parteitag gegen ihren Mann gefaßten Beschluß mitgeteilt, aber nicht hinzugefügt habe, daß dieser Beschluß 1892 auf dem Berliner Parteitage wieder aufgehoben worden sei. Ich gebe zu, daß es besser gewesen wäre, wenn ich die Aufhebung des Beschlusses auch erwähnt hätte. Im übrigen beschränke ich mich, obschon zu der Einsendung von Frau Geiser noch

nichts zu sagen wäre, meinerseits auf die Erklärung, daß mir jede Böswilligkeit ferngelegen hat und daß ich nur historische Tatsachen angeführt habe.

Cannstatt, 26. Oktober 1905. Wilhelm Blos.

Diese Erklärung sticht recht angenehm ab von den vielen „Erklärungen", die wir in den letzten Jahren zu lesen bekamen.

Das erste sozialdemokratische Schiff. Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, hat das Parteigeschäft von Auer u. Co. in Hamburg eine Barkasse in Bau gegeben, die Kolportagezwecken im Hamburger Hafen dienen soll, um den Zehntausenden von seemännischen und Hafenarbeitern, die selten an Land kommen, Gelegenheit zu bieten, zur Lektüre des „Hamburger Echo" und unserer Parteiliteratur. Das „Hamburger Echo", so heißt das erste Fahrzeug, das unter sozialdemokratischer Flagge die Fluten durcheilt, ist vor kurzem vom Stapel gelaufen und hat dieser Tage seine Probefahrt durch den Hamburger Hafen nach Wilhelmsburg, Moorburg und zurück zu allseitiger Befriedigung gemacht. An der Fahrt nahmen Vertreter des Geschäfts, der Zeitungs- und Preßkommission, der Parteileitung und die Erbauer des Fahrzeugs teil. Das aus Stahl erbaute Fahrzeug ist neun Meter lang, hat einen vierpferdigen Daimler-Motor und ist mit einer hübschen Kajüte versehen; in der roten Flagge prangen die weithin leuchtenden Worte: „Hamburger Echo". Ueberall, wohin das schmucke Boot kam, wurde es von den Leuten von der Wanderfahrt freudig begrüßt. Zur Bedienung des „Hamburger Echo", das einen Kostenaufwand von beinahe 8000 Mk. erforderte, sind zwei Mann erforderlich. Hoffentlich wird damit der Zweck, den sonst schwer auffindbaren Seeleuten und sonstigen auf dem Wasser beschäftigten Arbeitern das geschriebene Wort zugänglich zu machen, in befriedigendem Maße erreicht werden.

Die Abrechnung vom Jenaer Parteitag, die Genosse Hörschelmann am 25. Oktober in der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Jena erstattete, verzeichnete eine Einnahme von 5613.80 Mk., der eine Ausgabe von 4511.81 Mk. gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 1101.99 Mk. verblieb. Es wurde der Beschluß gefaßt, von dem Ueberschuß 200 Mk. an den Ortsausschuß zur Errichtung eines Denkmals für den Begründer der Karl Zeiß-Stiftung und des Volkshauses Professor Dr. Ernst Abbe und 110 Mk. an den Streikfonds des Gewerkschaftskartells als Rückvergütung abzuführen. Der Rest des Ueberschusses verbleibt der Wahlvereinskasse, eventuell soll der laufende Beitrag an den Parteivorstand erhöht werden.

Die Einigung des sozialistischen Nordens in Frankreich. Im Norden Frankreichs waren die Einigungsbestrebungen unter den verschiedenen sozialistischen Richtungen am schwierigsten. Hier hatten die ehemaligen Guesdisten ihre Haupt- und Kerntruppen; es war aber auch zu zahlreichen Zersplitterungen gekommen und die Erbitterung hatte naturgemäß einen sehr hohen Grad erreicht. Um so erfreulicher ist die Nachricht, daß auf dem Kongreß, der am vergangenen Sonntag in Denain abgehalten wurde und an dem alle Parteigruppen der Norddepartements vertreten waren, eine vollständige Einigung erzielt worden ist. Die vereinigte Föderation des Nordens wurde definitiv konstituiert und auch in Bezug auf die Kampfesmethode und die Taktik bei Wahlen wurde vollständige Uebereinstimmung erzielt. Ein erfreuliches Ergebnis!

Arbeiterbewegung.

Eine Streikbrecherorganisation par excellence soll der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter werden, wenn es nach dem Willen seiner Führer geht. In Nr. 43 des „Regulator" wird der Plan dazu ganz ungeniert entwickelt. Und kein Geringerer als der „Reformer" Anton Erkelenz in Düsseldorf ist es, der da vorschlägt, daß der Gewerkverein aus dem Zustande der verschämten Streikbrecherei endlich heraustrete und zur Offensive gegen den Deutschen Metallarbeiterverband übergehe. Weil in einigen Streikfällen gewisse als unsichere Kantonisten bekannte Führer des Gewerkvereins nicht zu den Beratungen zugezogen worden sind, schlägt Erkelenz vor, daß die Gewerkvereinler in allen Fällen, in denen sie nicht vorher ins Vertrauen gezogen werden, bei einem Streik der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht nur ruhig weiter arbeiten, sondern — getreu nach dem „christlichen" Vorbilde in Köln! — **andere Arbeiter von auswärts heranziehen, alle Arbeitslosen des Gewerkvereins an den Streikorten in Arbeit zu bringen suchen.** Wenn dann die Arbeiterpresse über Verrat schreie, gehe es einen frisch-fröhlichen Krieg, „dann hauen wir mit eisigen Waffen dazwischen, daß die Lappen fliegen, daß sie all die Kränke kriegen in das klappernde Gebein", ruft Erkelenz aus. Dieser Zynismus kann wohl von keinem Wortführer der Streikbrecher mehr überboten werden. Erkelenz gibt ein Beispiel zum besten, wie nach seiner Meinung diese Taktik wirken wird, er sagt:

„Wie wäre voraussichtlich die bayerische Bewegung (die Aussperrung der bayerischen Metallarbeiter) verlaufen, wenn wir so gehandelt hätten? Angenommen, die Gewerkvereine hätten mit den Unternehmern noch vor der Aussperrung einen Vertrag abgeschlossen, und wären dann von der Aussperrung nicht betroffen worden, dann hätten sich noch weitere tausende Arbeiter von der Bewegung zurückgehalten. Wir hätten tunlichst andere Arbeiter noch herangezogen, so daß zum Schlusse die Verbändler teilweise auf der Straße geblieben wären".

Es ist jedenfalls ein guter Zufall, daß in derselben Nummer des „Regulator", in der Erkelenz seinen Plan entwickelt, sich auch ein Artikel über den „christlichen" Führer Winter befindet, der überschrieben ist: „Ein christlicher Streikbrecherkönig". Der Ruhm Winters scheint dem Erkelenz in den Kopf gestiegen zu sein, er will nun mit Winter das Jahrhundert in die Schranken fordern, er will Hirsch-Duncker'scher Streikbrecherkönig werden.

Die Aussperrung in sämtlichen Industriebetrieben des sächsisch-thüringischen Webereiverbandes ist am Sonnabend erfolgt. Es kommen für Greiz 11,000 Webstühle und 8000 Arbeiter in Frage. Im ganzen Verbandsbezirk stehen 32,500 Stühle still, wozu am 4. November weitere 10,000 kommen. Im ganzen werden **16,000 bis 18,000 Arbeiter** betroffen.

Der Streik in der Berliner Wäscheindustrie. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts kam er Freitag in später Abendstunde nach langen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Wäscheindustrie zur Annahme des Schiedsspruches vom 24. Oktober, der eine Lohnerhöhung von 6 Prozent zusichert. Damit ist auch dieser Streik, an dem 100,000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, auf friedlichem Wege beigelegt worden. Am heutigen Montag wird die Arbeit in allen Wäschebetrieben wieder aufgenommen.

Die Holzbildhauer in Königsberg haben mit den dortigen Arbeitgebern im Berufe einen Tarifvertrag abgeschlossen, dem sich fast alle Werkstätten angeschlossen haben. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf neun Stunden festgesetzt, als Mindestlohn gilt 40 Pfennig pro Stunde. Ueberarbeit muß mit einem Zuschlag von 10 bis 20 Pfg. pro Stunde bezahlt werden, bei Akkordarbeit wird der Zeitlohn garantiert, für alle jetzt in Arbeit stehenden Gehilfen erfolgt eine Aufbesserung von 10 Prozent. Der Vertrag gilt auf ein Jahr.

Die Teppichweber in Münchenbernsdorf (Sachsen-Weimar) sind mit den Arbeitgebern in Streitigkeiten geraten. Ernste Verwickelungen stehen bevor. Die Arbeiter haben bereits die Sperre über die dortigen Teppichfabriken verhängt.

Die Arbeiter bei der Gasgesellschaft in Wetzlar haben von der Direktion eine Erhöhung des täglichen Schichtlohnes um 30 Pfennig zugestanden erhalten. Außerdem sollen die Arbeiter je nach den Betriebsüberschüssen noch eine Jahresprämie erhalten, die bis auf 20 Pfennig pro Tag steigen kann.

Im Tischlergewerbe zu Griesheim bei Frankfurt a. M. wurde nach langem Kampfe der Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern wieder hergestellt. Die Arbeiter erreichten eine Herabsetzung der Arbeitszeit von sechs Stunden pro Woche, die Aufbesserung der Löhne, die Festsetzung von Mindestlöhnen und eine bessere Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit. Auf dieser Grundlage wurde der Streik von den Gehilfen für beendigt erklärt.

296 Lohnkämpfe fanden in der Schweiz in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres statt, und zwar 94 Streiks, 157 Lohnbewegungen, 38 Sperrungen und 7 Aussperrungen. Da fast alle diese Kämpfe für die Arbeiter ganz oder teilweise erfolgreich waren, begreift man die nervöse Aufregung der Ausbeuter, Profitmacher, Dividenden- und Tantiemenschlucker, die sich nun für die ihnen von den Arbeitern abgerungenen Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete zu rächen suchen durch den Wahlrechtsraub an den Arbeitern auf politischem Gebiete. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Gewerkschaft und Partei wird hier augenscheinlich und überzeugend offenbar.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Oktober.

Unberufene Schutztruppe.

Sechs „Vorwärts"-Redakteure haben kündigen müssen, weil sie nach ihrer Meinung ihre journalistische Freiheit und Berufsfreudigkeit anders gefährdet sahen. Die gesamte Parteipresse, mit Ausnahme — natürlich! — der „Leipziger Volkszeitung", nimmt auf das Entschiedenste Stellung gegen die Mißgriffe des Parteivorstandes, der nicht nur durch seine unbeareiflichen Maßnahmen in Gemeinschaft mit der Berliner Preßkommission den Konflikt hat solche Schärfe annehmen lassen, sondern auch noch durch sein Zögern mit der versprochenen Aufklärung jeden Vermutungen Tür und Tor öffnete. Durch ihre einmütige Ablehnung dieses Verfahrens beweist die sozialdemokratische Presse aufs allerdeutlichste, daß sie die Interessen der journalistischen Ehre und Unabhängigkeit wahrnehmen weiß, auch wenn sie einmal in Verirrung von irgend welchen einzelnen Parteigenossen oder Partei-Instanzen gefährdet erschienen.

Da kommen nun die Marodeure aus dem bürgerlichen Lager, um von dem „Kampffelde" ihre Beute heimzutragen. Wie die „Schles. Ztg." und der kleine Morgen-Antisemit, so fällt selbstverständlich auch die „Breslauer Zeitung" unter Oehlkes bewährter Leitung über den Braten her, um etwas zu erhaschen, das sie als Mittel gegen den chronischen Abonnentenschwund verwenden könnte. Wer im Glashause sitzt, soll aber bekanntlich nicht mit Steinen werfen, und wer das Vorgehen der Herren Oehlke und Genossen z. B. gegen den meuternden Volksparteiler Cuno von der „Morgenztg." kennt, weiß, daß diese Leute ebenso im Glashause sitzen, wie z. B. der Papst der „Freis. Ztg." und der freisinnigen Volkspartei, Eugen Richter.

Gar gemütlich fängt aber die Sache an auszuschauen, wenn man den „Generalanzeiger" die Würde der Presse vertreten sieht! Ausgerechnet diese Bedauernswerten, die dem Willen des Herrn Werle und seinen Interessen untertan sein müssen, wollen der Sozialdemokratie zeigen, was Freiheit der Rede und der Schrift ist. Nein, geliebte Brüder, das laßt nur ruhig bleiben. Die Unabhängigkeit der Presse verteidigen wir Sozialdemokraten auch ohne die Hilfe der Angestellten Werles und der Herren von der „Breslauer Zeitung". So energisch wir, und alle unsere Parteiblätter mit einer Ausnahme, das Verfahren des — unseres — Parteivorstandes mißbilligen und zurückweisen, so energisch verbitten wir uns die väterlichen Ratschläge der Leute, die Freiheit nur im Schimpfen auf die Sozialdemokratie besitzen! Damit Punktum!

Unter den Stadtverordneten-Vorlagen,

die der am Donnerstag tagenden Sitzung neuunterbreitet werden, befinden sich nicht weniger als 7 Anträge auf Genehmigung von Etatsüberschreitungen.

Der Magistrat fordert die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung zum Beitritt zum Deutschen Städtetage, der in der Bildung begriffen ist. Nach der Satzung des Städtetages soll dieser „ein Verband deutscher Städte und Städteverbände" sein, der sich die Aufgabe stellt, die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen zu pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Städte zu wahren und die Kenntnis und Ausbildung der Verwaltungs-Einrichtungen unter einander zu fördern. Zur Erwerbung der Mitgliedschaft sind alle deutschen Städte mit über 25,000 Einwohnern und dann die Bezirksverbände der Städte berechtigt.

Ferner ersucht der Magistrat um die Genehmigung, daß die Stadtgemeinde aus der Tiefbauberufsgenossenschaft und aus der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ausscheidet und die durch die Versicherung der städtischen Bauarbeiter entstehenden Lasten selbst trägt. Zur Begründung dieses Antrages führt der Magistrat u. a. folgendes an:

Die Stadtgemeinde gehört seit dem Inkrafttreten der reichsgesetzlichen Unfallversicherung den genannten Berufsgenossenschaften als Mitglied an. Die ursprünglich geringfügigen Beiträge haben im Laufe der Jahre eine außerordentliche Höhe erreicht und zeigen — von geringen Schwankungen abgesehen — eine stetig steigende Tendenz. Dies gilt insbesondere von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft; es findet seinen Grund hauptsächlich darin, daß diese Genossenschaft an Beiträgen den Kapitalwert der ihr im abgelaufenen Rechnungsjahre zur Last gefallenen Renten zu decken hat. Es kommt hinzu, daß die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften hohe sind, daß Ausfälle infolge von Zahlungsunfähigkeit einzelner Mitglieder entstehen, und daß die Aufsicht in Privatbetrieben manchmal eine ungenügende ist.

Wir haben deshalb eingehende Erwägungen darüber angestellt, ob es für die Stadtgemeinde vorteilhafter ist, aus den Berufsgenossenschaften auszuscheiden und die aus der Versicherung städtischer Bauarbeiter entstehenden Lasten selbst zu übernehmen. Diese Befugnis haben die Kommunalverbände, sofern die Landes-Zentralbehörde sie auf ihren Antrag zur Uebernahme dieser Lasten für leistungsfähig erklärt (§ 6 Abs. 3 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900).

Diese Erklärung ist bis Ende 1903 bezüglich 289 Kommunalverbänden erfolgt; hierzu gehören folgende 45 Städte:

Berlin, München, Leipzig, Köln, Frankfurt a. M., Nürnberg, Hannover, Düsseldorf, Chemnitz, Stuttgart, Altona, Dortmund, Aachen, Augsburg, Wiesbaden, Mainz, Würzburg, Bochum, Münster, Bielefeld, München-Gladbach, Rostock, Fürth, Osnabrück, Dessau, Bonn, Hagen, Hildesheim, Halber-

Aus aller Welt.

Cholera. Wie der „Reichsanzeiger" meldet, sind vom 23. bis 28. Oktober, Mittags, in Preußen keine choleraverdächtigen Erkrankungen oder Todesfälle an Cholera amtlich gemeldet worden. Der am 24. d. M. in Danzig angezeigte choleraverdächtige Todesfall bei einem Weichselschiffer aus Tolkemit hat sich bei der bakteriologischen Untersuchung nicht als Cholera herausgestellt. Außerdem handelte es sich bei dem am 10. d. M. aus Möglitz bei Havelberg gemeldeten tödlichen Falle ebenfalls nicht um Cholera. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt daher bis jetzt 250 Erkrankungen, von denen 89 tödlich verlaufen sind.

Eisenbahnunfälle und kein Ende. Am 28. d. M., früh 3 Uhr 40 Min. stieß auf Station Borgholz auf der Strecke Scherfelde-Holzminden der Eilgüterzug 6043 mit dem einfahrenden Güterzug 8548 zusammen. Der Packmeister und Heizer des Eilgüterzuges wurden leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache ist darin zu suchen, daß das Haltesignal durch den Eilgüterzug überfahren wurde. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Um 10 Uhr Vormittags war die Verkehrsstörung beseitigt.

Budde beweist seine Unschuld. Der Stationsassistent Bramer, der den verhängnisvollen Irrtum mit der falschen Blockstellung begangen und dadurch das Eisenbahnunglück bei Duisburg herbeigeführt hat, ist dem Vernehmen nach verhaftet worden. Er war vor wenigen Jahren von Myslowitz nach Duisburg versetzt worden und gilt als tüchtiger und nüchterner Beamter. — Also trotz aller Tüchtigkeit und Nüchternheit wird der Beamte sein angebliches Schuldgeständnis zu büßen haben. Der Eisenbahnminister ist glänzend gerechtfertigt!

Drei Tage im Möbelwagen eingesperrt war in Großbettingen ein armer Handwerksbursche. In einer der letzten Nächte hörten Vorübergehende aus einem Möbelwagen, der an einer abgelegenen Stelle stand, Hilferufen und Klopfen. Nachdem ein herbeigeholter Schlosser die Tür des Wagens aufgebrochen hatte, fand man auf dem Stroh ermattet einen armen Handwerksburschen, der halbverhungert war. Er war arbeitslos in der Umgegend herumgezogen und hatte, da er obdachlos war, in dem mit Stroh ausgelegten Möbelwagen Quartier genommen. Unterdessen hatte aber der Fuhrmann die Tür des Wagens abgeschlossen.

Das leidige Revolverspielen. Vor mehreren Tagen hatte sich der 26 Jahre alte Gasarbeiter Fritz Weber in Schöneberg bei Berlin wohnhaft, in einer Waffenhandlung einen Revolver gekauft. Als er von der Arbeit kam, wollte er die Waffe einem Freunde, der in der Eisenhandlung von Götsch in der Tempelhoferstraße 16 als Hausdiener beschäftigt ist, zeigen. Er begab sich in den Ladenraum des Geschäfts und überreichte dem Hausdiener den Revolver. Der Freund sah sich neugierig die Waffe von allen Seiten an und plötzlich krachte ein Schuß. Laut schreiend stürzte der Gasarbeiter auf die Straße hinaus und brach dort zusammen. Er hatte einen Schuß in den Unterleib erhalten. W. hatte, ehe er den Laden betreten, die Waffe geladen und seinem Freunde nichts gesagt. Der Verunglückte wurde in einem Krankenwagen nach der Klinik in der Vorbergstraße gebracht. Ob er mit dem Leben davonkommen wird, ist sehr fraglich.

Ein Hund von einem Raubvogel entführt. Ein Tuchmachermeister aus der mecklenburgischen Stadt Grabow fuhr mit seinem Gefährt über Land, wobei sein kleines Hündchen vor dem Fuhrwerk oder nebenher lief. Als das Fuhrwerk sich auf der Landstraße zwischen den Dörfern Muchow und Zierzow etwas hinter einer bewaldeten Stelle befand, stieß plötzlich ein Raubvogel auf den Hund herab, packte ihn mit den Krallen und erhob sich in die Lüfte. Der Tuchmacher rief laut den Namen des Hundes und schlug mit der Peitsche nach dem Vogel; dadurch wurde dieser wohl eingeschüchtert, ließ den Hund aus einer Höhe von etwa vier Metern niederfallen und flog davon. Nach der geschilderten Größe kann es sich um eine große Weihe oder auch um einen Adler handeln.

Ein origineller Gaunerstreich wurde in Duisdorf bei Bonn verübt. Dort erschienen letzthin zwei vornehm auftretende Herren, um angeblich die Erbschaft eines in Frankfurt a. Main verstorbenen Rentners, die nicht weniger als 37 Millionen betrug, an die richtigen Erben zu bringen. Eine hier und in den Nachbarorten vertretene Familie kam in Betracht. Es fanden eine ganze Reihe von Sitzungen statt, in denen die einzelnen Familienangehörigen von den Testamentsvollstreckern protokollarisch vernommen wurden. Später wurden sogenannte „Familientage" anberaumt, zu dem die auswärtigen Mitglieder, wie sich das für reiche Erben geziemt, per Wagen anfuhren. Es waren viele Schwierigkeiten zu beheben, indeß die gesetzeskundigen Testamentsvollstrecker fanden sich zurecht und verteilten zur allgemeinen Zufriedenheit die Millionen, vorab natürlich auf dem Papier. Und dabei ist's geblieben. Eines schönen Tages waren die Fremden verschwunden; ihr Wirt ist um die Bezahlung einer Rechnung von 250 Mark gekommen, und die gefoppten Millionenerben haben zum Schaden auch noch den Spott zu tragen.

Königsjuwelen unter dem Hammer. Schmuckstücke, die einst dem König Ludwig I. von Bayern gehörten, kamen, wie aus London geschrieben wird, dort in einem großen Auktionshause öffentlich zur Versteigerung und fanden, wie gleich vorausgeschickt sei, weniger Nachfrage, als man in Sammlerkreisen erwartet hatte, sodaß das erzielte Resultat hinter dem erhofften erheblich zurückblieb. Die höchste Summe, 4000 Mark, erreichte eine Schmuckgarnitur, bestehend aus einem Halsbande, einem Armbande und einer Brosche von derselben Zeichnung und aus Saphieren und Brillanten gebildet. An die Freundschaft, die den König mit Richard Wagner verband, erinnerte ein höchst merkwürdiges, aus Gold getriebenes Armband, zu dem der König selbst den Entwurf gemacht haben soll. Es zeigt vorn in Emaillemalerei eine Miniaturkopie von Guido Renis bekanntem, im Palazzo Rospigliosi in Rom hängenden Gemälde der „Aurora", umgeben von großen Diamanten und Saphiren. Vier kleinere Emaillebilder stellen Szenen aus Wagnerschen Werken dar, so Brunhildes Erwachen, Elisabeths Gebet, Siegfrieds Ankunft am Rhein und Lohengrins Abschied. Trotz des lebhaften Interesses, das die Originalität dieses sehr schön gearbeiteten Stückes hervorrief, war das höchste Angebot, das es fand, nur 96 Pfund, also 1920 Mark. Für eine Tiara, deren einzelne Zacken rote, mit Brillanten verzierte Rosen darstellten, wurden nur 2900 Mark geboten, und ein goldenes lateinisches Kreuz, das die Emaillebildnisse Christi, der Madonna und des heiligen Johannes trug und gleichfalls mit Edelsteinen reich bedeckt war, ging schließlich sogar für den Spottpreis von 1400 Mark weg.

Dasselbe in Grün! Am Schalter des Bahnhofes in Offenbach löste nach dem „Frankf. Gen.-Anz." ein Fahrgast eine Fahrkarte mit den Worten: „Sachsenhausen vierter und zurück!" Ein junger, hinter diesem stehender Mann verlangte darauf: „Dasselbe in Grün!" Als ihm nun der Beamte eine Fahrkarte zweiter Klasse ausfertigte, sagte er: „Ich will doch vierter Klasse haben." Der Beamte nahm aber die Fahrkarte nicht mehr zurück, sondern sagte: „Sie haben eine grüne Fahrkarte verlangt also müssen Sie diese auch behalten." Der junge Mann konnte nun zweiter Klasse fahren, hatte aber reichlichen Spott mitzunehmen!

Verhaftung eines Bürgermeisters. Wegen Beeinflussung von Zeugen wurde der Bürgermeister Josef Dums in Heretshausen bei Friedberg in Bayern verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Augsburg zugeführt. In Heretshausen war vor einiger Zeit der Dienstknecht Johann Glas erstochen worden. Der Tat verdächtig sind Dums und seine beiden Söhne; die letzten befinden sich bereits hinter Schloß und Riegel. Der Vater soll nun in der Zwischenzeit versucht haben, einige Zeugen zu Gunsten seiner Söhne zu beeinflussen. Als dies dem Untersuchungsrichter hinterbracht wurde, verfügte er die Verhaftung des Bürgermeisters.

stadt, Schwerin, Bernburg, Mühlhausen i. Th., Linden bei Hannover, Mülheim a. Ruhr, Göttingen, Hamm, Paderborn, Quedlinburg, Köthen, Kolberg, Celle, Güstrow, Ruhrort, Langensalza, Stadthagen.

Wir haben bei den sämtlichen deutschen Städten mit mehr als 50,000 Einwohnern (72) eine Rundfrage darüber veranstaltet, welche Erfahrungen sie mit der Selbstversicherung gemacht bezw. welche Umstände sie veranlaßt haben, bei den Berufsgenossenschaften zu verbleiben. Die Antworten derjenigen Städte, welche ausgeschieden sind, lauten fast durchweg dahin, daß die Erfahrungen günstige gewesen sind. Soweit vergleichbare Zahlen vorliegen, ist festzustellen, daß die Aufwendungen bei der Selbstversicherung **weniger als ein Drittel wie bei der Versicherung durch die Berufsgenossenschaften betragen.** In Frankfurt a. Main zum Beispiel ist die Summe der **verausgabten Löhne** in den Jahren 1888 bis 1903 **dreimal so groß, wie in Breslau** gewesen, die Ausgaben einschließlich der Verwaltungskosten waren geringer als in Breslau.

Die Städte, welche die Selbstversicherung eingeführt haben, sammeln mit ganz vereinzelten Ausnahmen kein Deckungskapital Reservefonds oder dergleichen an; geschähe dies aber, in derselben Höhe, wie bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, so würden nur etwa zwei Drittel der Beiträge erforderlich sein.

Diejenigen Städte, welche bei den Berufsgenossenschaften verblieben sind, halten das Risiko der Selbstversicherung für zu groß; es sind 17 Städte mit 50 bis 100,000, 13 mit 100 bis 200,000, 3 mit mehr als 200,000 Einwohnern (Magdeburg, Stettin und Dresden). Einige von diesen haben die Selbstversicherung für die Zukunft gleichfalls in Erwägung gezogen.

Wir haben ferner festgestellt, wie groß die Aufwendungen der Stadtgemeinde in den Jahren 1888 bis 1903 gewesen sind, und welche Leistungen die Berufsgenossenschaften den städtischen Bauarbeitern gewährt haben:

Es sind in diesem Zeitraum in Breslau gezahlt worden **Löhne** an die bei der **Tiefbau-Berufsgenossenschaft** versicherten Arbeiter: 6,319,680 Mark. **Beiträge** an die Tiefbau-Berufsgenossenschaft 100,570.05 Mark.

An die Schlesisch-Posensche **Baugewerksberufsgenossenschaft** wurden an Beiträgen 17,255.40 Mark gezahlt, und an die Arbeiter, die zu ihr gehören, 1,228,155 Mark. Die Gesamtbeiträge in den 16 Jahren betrugen für beide Genossenschaften 117,825.43 Mark.

Nach den Angaben der Berufsgenossenschaften beträgt nun die **Belastung für die Breslauer städischen Bauarbeiter** bei der **Tiefbau-Berufsgenossenschaft** 90,092,64 Mk., bei der Schlesisch-Posenschen **Baugewerks-Berufsgenossenschaft** 7190.38 Mark.

Von den vorstehenden Ausgaben hätte die Stadtgemeinde auch im Falle der Selbstversicherung 28,775.37 Mark leisten müssen. Hierzu treten die von den Genossenschaften dem Deckungskapital bezugsweise Reservefonds zugeführten Beträge, da sie die Stadtgemeinde für die Zukunft — auch im Falle des Ausscheidens aus den Berufsgenossenschaften — von der Belastung mit den früheren Versicherungsfällen befreien.

Es sind somit unbedingt zum Nutzen der Stadtgemeinde aufgewendet 59,160.49 Mk. Die der Stadt durch die Uebernahme der Selbstversicherung erwachsenden Verwaltungskosten sind schwer zu schätzen. Nach den bei den Magistraten in Berlin, München, Köln und Frankfurt a. M. eingezogenen Erkundigungen sind die Ausgaben gering. Frankfurt a. M. schätzt sie auf 10 Prozent der Ausgabe. Nimmt man die übrigen Ausgaben für Untersuchungen, Heilverfahren und Schiedsgerichte in gleicher Höhe an — sie waren in Frankfurt erheblich niedriger —

so hätte die gesamte Ausgabe	59,160.49 Mk.
und 20 Prozent =	11,832.59 „
	70,992.58 Mk.

betragen, gegenüber einer tatsächlichen Ausgabe von 117,825.43 Mk. Es ist sonach anzunehmen, daß mit der Selbstversicherung erhebliche Ersparnisse verbunden sein werden. Wenn durch einen Unglücksfall einmal eine größere Anzahl von Renten zu bewilligen ist, so wird die hierdurch verursachte Mehrausgabe doch durch die regelmäßigen Ersparnisse ausgeglichen werden und voraussichtlich nicht die Höhe der jetzigen Ausgaben erreichen.

Das Ausscheiden aus den Berufsgenossenschaften kann nur zum Ende des Kalenderjahres erfolgen und muß im Falle der Zustimmung der Versammlung noch die Genehmigung der Ressortminister eingeholt werden.

---

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue **Adresse** übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht"träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine **Unterbrechung der Zustellung** zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht" nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir bringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen.

* **Zweiter Krankenkassen-Verband** (mit freier Arztwahl.) In der am 25. d. Mts. abgehaltenen Vorstandssitzung erfolgte die Aufnahme von weiteren zwei Ortskrankenkassen — Glaser und Gürtler — in den Verband, der nunmehr 15 Kassen umfaßt. Gegen die Rechtmäßigkeit dieses Beitrittes war, wie der Verbandsrendant Hoffmann mitteilte, seitens des alten Verbandes Einspruch bei der Aufsichtsbehörde erhoben worden. Sodann wurde beschlossen, daß nunmehr sämtliche Kassen dieses Verbandes ihren Mitgliedern in geeigneten Fällen Krankenkost aus der seit Anfang Oktober eröffneten Krankenküche gewähren, allerdings muß die Notwendigkeit der Gewährung von dem behandelnden Arzte auf dem Krankenschein bekundet sein. Bei der hierauf folgenden Besprechung diverser Angelegenheiten wurde von mehreren Seiten Klage geführt, daß einige Herren Aerzte ihren Kranken eine zu lange Ausgehzeit — bis 9 Stunden täglich — gewähren, bei Befolgung solcher Verordnungen sei der Kranke auf Kneipenbesuch beinahe angewiesen. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der 12. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche, welche vom 6.—8. August d. J. in Dresden tagte und legte hierbei die Zweckmäßigkeit dar, diesem großen Zentralverbande beizutreten um geschlossen mit ankämpfen zu können gegen die seitens der Regierung angestrebte Vernichtung der Selbstverwaltung der Kassen. Der Beitritt zum Zentralverbande erfolgte einstimmig, womit auch die Tagesordnung erschöpft war.

* **Ueber Frauenkrankheiten** sprach am Freitag, den 27. Oktober, der Frauenarzt Herr Dr. **Courant** im Glassalon des Pariser Garten, welcher bis auf den letzten Platz — fast nur von Frauen — gefüllt war. Der Vortragende erläuterte zunächst den Eintritt der ersten Periode, welche im Alter von 14—16 Jahren erfolgt. Die Blutungen treten bei den Frauen in verschiedenen Zeiträumen auf, z. B. innerhalb 25 oder 28 oder 30 oder auch 35 Tagen, doch komme dies nicht in Betracht. Die Hauptsache sei die **regelmäßige Wiederkehr.** Die älteren Frauen, die in die sogenannten Wechseljahre kommen, sollen vor allem darauf achten, daß, wenn die Periode z. B. 6 Monate ausbleibt und dann wiederkehrt, sich dieselben sofort zum Arzt begeben, und sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, denn in den meisten Fällen werden da die ersten Anzeichen des Krebses konstatiert. Von sozialpolitischer Bedeutung war auch die Forderung, daß wie beim Theater die Künstlerinnen während der Zeit nicht spielen dürfen, so sollten auch die Arbeiterinnen während der Periode nicht beschäftigt werden, selbstredend unter Fortzahlung des Lohnes. Der Vortrag soll im Druck erscheinen. Der Vorsitzende dankte zum Schluß noch den Anwesenden für ihr Erscheinen mit der Aufforderung in den nächsten Vortrag, wo über Geschlechtskrankheiten gesprochen werden soll, wieder recht zahlreich zu erscheinen und zwar Männer wie Frauen.

* **Grenzhandel mit Arbeitstieren.** Vor dem Gewerbegericht klagte der Schachtmeister **Koszta** aus Böhmen gegen die Firma **Kurz u. Komp.** auf Zahlung von 150 Mk. Der Kläger war beauftragt worden, für die Firma 27 Arbeiter zu beschaffen, die mit den erforderlichen Schachtarbeiten zur Errichtung eines Wasser-Hochbehälters in Flinsberg beschäftigt werden sollten, nachdem die vorher beschäftigt gewesenen deutschen Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten. Er war dann von Ort zu Ort gefahren, solange bis er die erforderliche Zahl von Arbeitswilligen aufgetrieben hatte; auch hatte er für sie das Fahrgeld bis Flinsberg ausgelegt und Zehrgeld für sie bezahlt. Als der Trupp dann in Flinsberg ankam, machte der Ingenieur bald die Wahrnehmung, daß die Mehrzahl als Arbeiter garnicht zu gebrauchen waren, zumeist auch garnicht entsprechende Kleider trugen. Auch bezüglich des Lohnes wurde man nicht einig. Die Firma wollte nur 32 Pfg. Stundenlohn zahlen, während die Arbeiter 36 bis 38 Pfg. haben wollten. Schließlich suchte sich der Ingenieur sechs Mann heraus, die er einstellen wollte. Die Uebrigen schickte er zu einem anderen Unternehmer, der sie einstellen würde. Als die sechs nun sahen, daß die anderen fortgeschickt wurden, mochten sie auch nicht anfangen zu arbeiten. Die Firma hatte sich nun geweigert, dem Kläger die Auslagen zu ersetzen, die ihm bei Heranschaffung des Arbeitswilligentrupps entstanden waren. Vor Gericht einigte man sich dahin, daß die Firma 100 Mark an den Kläger zu zahlen hat. Ihr Vertreter erklärte zum Schluß noch, daß Kläger bei der Firma nur sein Geld erheben dürfe und sich alsbald wieder ohne irgend ein Wort der Verhandlung zu entfernen habe!

* **Künstler-Abend.** Wenn ich bisher schon der Meinung war, daß der „rohe, ungebildete" Arbeiter ein viel größeres Kunstverständnis an den Tag legt, daß er mindestens bemüht bleibt, künstlerischen Darbietungen, auch wenn sie seinem Interesse fernliegen, mit Achtung entgegenzutreten, so bin ich darin wieder am gestrigen Abend bestärkt worden. Unter anderem verlas **Hanns Heinz Ewers** aus dem Manuskript Reiseerlebnisse aus Andalusien. Erschien den Hörern das Vorgelesene zu lang oder zu langweilig, war es einem Teil der Anwesenden nicht möglich, alles deutlich zu hören — inmitten des Vortrages erhob sich ein Tosen des Mißfallens, man verlangte stürmisch Schluß und erreichte schließlich, daß der Vortragende abtreten mußte. So gerecht der Unwille des Publikums sein mochte, so gebot der elementarste Anstand, die Vorlesung zu Ende zu hören und seinen Beifall oder Mißachtung dann zum Ausdruck zu bringen. Aber das sind dieselben Leute, die sich sonst nicht genug über die Roheit des Arbeiters entrüsten können.

Von den anderen Darbietungen gefiel Frau **Betty Will**, die einige heitere Chansons mit eigener Klavierbegleitung zum Vortrag brachte; den größten Beifall erntete selbstverständlich **Max Marx** mit einigen Kuplets. Fräulein **Frieda Michels** sang einige Lieder mit gutgebildeter Stimme, die freilich für den großen Konzerthaussaal nicht stark genug ist.

Als Klaviervirtuosin debütierte Fräulein **Magda Haschke.** Die noch junge Dame, die aus der Schule des Herrn Dr. **Felix Rosenthal** hervorkommt, verfügt über eine recht respektable Technik, wenn ihr Anschlag auch noch etwas hart erscheint. Die Begleitung der Gesänge hatte Herr **Hugo Markt** übernommen.

Pr.

* **Wieder um die Beute gebracht.** In der Nacht zum 21. d. M. brachen zwei Personen in einen Waggon auf dem Eisenbahngelände an der Siebenhufenerstraße ein und entwendeten Metall. Die Diebe wurden von einem Beamten verfolgt, der ihnen den **Raub wieder abjagte.** Auf der Flucht verlor der eine einen Knotenstock mit gebogener Krücke, dessen lange Zwinge aus einer alten Feile gefertigt ist. Auch wurde eine Schaufel gefunden.

* **Ein Diebestrick.** Ein Händler auf der Neuen Junkernstraße begab sich am 26. d. M. Abends für kurze Zeit in seine durch den Hausflur vom Laden getrennte Wohnung, an deren Eingangstür sich zwei Ringe zur Anbringung eines Vorhängeschlosses befinden. Ein Dieb schob nun durch **diese Ringe einen Holzpflock,** begab sich dann in den Laden und stahl aus der Kasse **zehn Mark.** Durch eine Frau wurde der Geschäftsinhaber aus dem unfreiwilligen Gefängnis befreit.

* **Der Herr „Assistenzarzt".** Ein Mann, der sich als Assistenzarzt bei den hiesigen Kliniken bezeichnete, kam am 23. d. M., Nachmittags, in ein Goldwarengeschäft auf der Ohlauerstraße, um einen Ring zu kaufen. Als er zu keinem Entschlusse kommen konnte, ersuchte er die Verkäuferin, ihm mehrere Ringe in seine Wohnung auf der Paradiesstraße zu bringen. Als die Verkäuferin die bezeichnete Wohnung betrat, nahm ihr der Mann **zwei goldene Ringe mit Brillanten und einen Marquisring mit Rubinen** ab, indem er erklärte, daß er sich bald in dem Geschäft einfinden werde. Seinem sicheren Auftreten gelang es auch, daß ihm die Ringe, welche einen Wert von 290 Mk. haben, überlassen wurden. Da der Mann nichts mehr von sich hören ließ, wurden Nachforschungen angestellt, welche ergaben, daß sich der Mann nur für wenige Stunden in der Wohnung aufgehalten hatte und nach Empfang der Ringe sofort verschwunden war.

* **Ein Bodenbrand** brach Sonnabend Nachmittag in dem Eckgrundstück Breitestraße 32/34 bezw. Seminargasse 4/5 aus. Das Feuer gewann in den weiten Bodenräumen bald eine so gewaltige Ausdehnung, daß durch die Feuerwehr nicht nur über die Treppenflure Schläuche gezogen, sondern auch auf der Seminargasse und auf der Breitestraße Rettungsleitern aufgestellt werden mußten, von denen aus Wasser in die Flammen geschleudert wurde. Das Wasser hat schweren Schaden angerichtet, da auch durch das durch die Decken dringende Wasser Hausbewohner schwer geschädigt sind.

* **Verhaftet.** Am 28. d. M. Morgens, löste ein Arbeiter ein in der Nähe des Weidendammes liegendes Segelboot und fuhr stromabwärts. An der Dombrücke blieb das Boot mit den Masten hängen, sodaß sich der Dieb, als in einem Kahn „Retter" nahten, verhaften ließ. — Ferner wurde ein Kontorist verhaftet, der nach und nach 1700 Mk. unterschlagen hatte, sowie eine Kellnerin wegen schweren Diebstahls.

* **Vermißt** wird seit dem 22. Oktober der 36 Jahre alte Bauunternehmer Karl Sroka, welcher Matthiasstraße 126 gewohnt hat, und der 15 Jahre alte Lehrling Richard Pietrulla, Scheitnigerstraße 38.

* **Unfall.** Ein Malergehilfe stürzte am 27. d. M. auf der Matthiasstraße mit seinem Fahrrade und flog in eine Schaufensterscheibe, welche dadurch zertrümmert wurde. Feuerwehrmannschaften leisteten dem jungen Manne, welcher schwere Schnittwunden erlitten hatte, die erste Hilfe.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das **Polizeigefängnis** wurden am 27. d. M. 12 Personen eingeliefert. — **Abhanden** kamen: 4 Hundertmarkscheine, ein Siegelring mit dunkelgrünem Stein, eine goldene Damenuhr. — **Zugelaufen** ist ein schottischer Schäferhund.

* **Mit Beschlag belegt** wurde ein Sommerüberzieher, der von einem Diebstahl herrühren dürfte.

Aus Schlesien und Posen.

Die Sündenböcke.

Die vielen Artikel über die **Beutelschneiderei im Riesengebirge** haben den Erfolg gehabt, daß man sich in den Interessentenkreisen des Riesengebirges eingehend mit der Sache befaßt und zu den Artikeln Stellung nimmt.

Kürzlich fand zum Beispiel in **Schreiberhau** eine Versammlung der Hotel- und Logierhausbesitzer statt. Die Aussprache hatte folgendes Ergebnis:

„Es ist nicht zu leugnen, daß in den letzten beiden Jahren, wo Schreiberhau, infolge ...

starken Verkehr hatte, **einige Fälle (?)** von Beutelschneiderei vorgekommen sind. Die Mehrzahl davon sind aber auf Rechnung des **Personals** zu setzen, das die Gäste übervorteilte, ohne daß der Wirt eine Ahnung hatte. **In vereinzelten Fällen ist auch von seiten der Wirte gesündigt worden."**

Danach sollen also die Kellner die Sündenböcke sein. Wir finden es wenig tapfer von den Wirten, die Schuld auf Leute zu schieben, die weit vom Schuß sind, sich also nicht verteidigen können. Noch dazu, wo sich bis jetzt nahezu alle Beschwerden als begründet herausgestellt haben. Wir werden im nächsten Jahre die Kellner und das übrige Personal an diese Tatsache **erinnern.** Vielleicht, daß sie sich **dann** organisieren, um auch ihre Interessen zu vertreten.

Frauen und Mädchen als Erdarbeiterinnen.

Man schreibt uns aus **Bromberg:** Auf der Eisenbahn-Strecke **Schwerin-Landsberg** werden Aenderungen im Bahnbau bewerkstelligt, zu deren Ausführung — soweit Erdarbeiten in Betracht kommen — **Frauen und Mädchen** verwendet werden. So arbeiten gegenwärtig auf der Station Dechsel 13 Frauen und Mädchen aus Schwerin a. W. Dieselben treten um 8 Uhr Morgens auf dem Bahnhof Schwerin an, um mit dem Zug 8,19 Uhr zur Arbeitsstelle gebracht zu werden. 8,46 Uhr erreichen dieselben ihren Bestimmungsort. Ihre Arbeit besteht in Schwellenausgraben, Ein- und Auskiesen derselben. An und für sich keine leichte Arbeit. Dieselbe wird durch das schlechte Wetter, welches seit einigen Wochen ununterbrochen anhält, noch besonders erschwert. 7 Uhr 24 Minuten Abends werden diese Arbeiterinnen nach Schwerin zurückgebracht. Für diese **Tagesbeschäftigung** — die sich unter den angeführten schwierigen Verhältnissen vollzieht — erhalten diese Arbeiterinnen sage und schreibe **1.00 Mark.** Es ist dieses ohne weiteres eine Spekulation auf billige Arbeitskräfte, die so ganz dem berüchtigten Sparsystem des Ministers Budde entspricht. Nicht nur werden Frauen zu einer ihrer Stellung als Frau vollständig unzulässigen Beschäftigung herangezogen, sondern auch mit einem Lohn bedacht, der auch nicht im entferntesten die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken imstande ist.

Wie wäre es, wenn Budde und seine Sparmänner aus **eigener Erfahrung** probieren würden, was es heißt, mit einer Mark Tagelohn sich durchs Leben zu schlagen oder noch besser, sie veranlassen ihre **eigenen Frauen** für kurze Zeit einmal zu dieser schweren Arbeit. **Vielleicht** besinnen sie sich dann darauf, daß das jetzige System eines angeblichen Kulturstaates unwürdig ist!

Oberschlesien und Rußland.

Immer mehr greifen die Folgen der russischen Revolution nach Oberschlesien über. Der Grenzverkehr in Kattowitz, Myslowitz, Schoppinitz 2c. erleidet große Beeinträchtigung.

Nachdem nämlich die Eisenbahnstationen Kattowitz und Schoppinitz den Personenzugverkehr mit Sosnowitz eingestellt haben, geht der gesamte sog. kleine Grenzverkehr über Myslowitz-**Modrzeow.** In letzterem Orte steht eine große Anzahl — zum größten Teil Sosnowitzer — Droschken, die den Verkehr zwischen Modrzeow und Sosnowitz sowie den umliegenden Ortschaften vermitteln. Eine erhebliche Beschränkung erleidet der Verkehr ferner auch dadurch, daß die russische Zollkammer in Modrzeow bereits um 6½ Uhr Abends für den Verkehr geschlossen wird. Die für Rußland bestimmten **Postsachen** werden bis Myslowitz befördert und liegen dortselbst in Säcken verpackt zur Abholung bereit. Sonnabend Vormittag gegen 10½ Uhr wurden durch einen Arbeitswagen aus Sielce die ersten Postsachen, zirka 30 Säcke, abgeholt. In einem zweiten Wagen saßen einige russische Postbeamte und einige russische Polizeibeamte.

Infolge Einstellung des Verkehrs zwischen Kattowitz und Sosnowice begaben sich Sonnabend die Fahrgäste, die mit dem Zuge um 9,6 Uhr fahren wollten, über Myslowitz an die Modrzeower Grenze, die sonst schon um 6 Uhr Abends geschlossen wird. Trotz der späten Nachtzeit — es war 12 Uhr — wurden die Schranken geöffnet. Die Leute, ungefähr 50 an der Zahl, konnten so den Heimweg nach Sosnowice antreten. — Als der Schoppinitzer Zug Abends 7½ Uhr an der Grenzbrücke ankam, wollten Arbeiter das Weiterfahren desselben gewaltsam verhindern. 6 Gendarme begleiteten hierauf den Zug mit vorgehaltenen geladenen Revolvern bis zum Bahnhof Sosnowice. Auf der Rückfahrt von Sosnowice begleiteten den Zug bis an die Grenzbrücke berittene Kosaken. Mit dem Mittagszug waren aus Kattowitz 3 Beamte eingetroffen, die die Genehmigung beim Stationsvorsteher nachsuchten, die dort auf dem Bahnhofe stehenden leeren preußischen Kohlenwaggons an den Personenzug anzuhängen. Der Kohlenexport war gerade in letzter Zeit recht lebhaft; jetzt ist er total unterbunden. Auf den beiden Bahnhöfen in Sosnowice stehen gegen 800 preußische Waggons und in Kattowitz gegen 500, die nach Polen abgefahren werden sollten. Sollte die Schweineeinfuhr noch in Mitleidenschaft gezogen werden, so ist eine plötzliche **Preissteigerung für Fleisch in Oberschlesien unabsehbar!**

Russische Kosaken gegen einen preußischen Landrat!

In der Angelegenheit der kürzlich bei **Schoppinitz**-Schabelnia durch einen russischen Grenzposten begangenen schweren **Grenzverletzung** schweben gegenwärtig, wie der „Schl. Volksz." geschrieben wird, bei dem königlichen Landratsamte in Kattowitz Ermittelungen. Freitag Vormittag besichtigte **Landrat Gerlach** in Begleitung eines Bureaubeamten und eines Kriminalbeamten und unter Zuziehung der damals durch den russischen Soldaten festgenommenen beiden Bergpraktikanten den Tatort. Wie verlautet, wurde **unzweifelhaft festgestellt,** daß die beiden jungen Leute, als sie von dem russischen Grenzposten angerufen und mit der Drohung, daß er auf sie schießen werde, gezwungen wurden, an ihn heranzugehen, **auf preußischem Gebiet** gestanden haben, und daß der Soldat darüber garnicht im Zweifel gewesen sein könnte, da die Grenzzeichen an jener Stelle in Ordnung und sichtbar sind. **Derselbe russische Grenzposten,** welcher sich auch jetzt wieder auf Posten befand, **drohte dem Landrat und den mitanwesenden Beamten und Zeugen mit der Festnahme,** falls sie sich näher an die Grenze heranwagen sollten, obgleich seitens eines Beamten der Landrat auch russisch genügend legitimiert worden war!!

Wir müssen gestehen: Wir bedauern es aufrichtig, daß der Kosak den Landrat **nicht** verhaftet hat. Das wäre das beste Mittel gewesen, Bülows Regierung endlich zu einem **energischen** Vorgehen gegen Väterchens Knuten-Regiment zu veranlassen, sintemalen die Regierung eher alles denn einen leibhaftigen Landrat ungestraft antasten läßt!

* * *

Wie wenig Respekt die Kosaken Väterchens vor Deutschland haben, beweist auch folgende Meldung des „O. T.":

„An der Grenzstation werden Grenzpassanten von **Modrzejow** von einem Subalternbeamten **in unhöflichster Weise behandelt.** In einem Falle mußte sogar die **Polizeibehörde zum Schutze der Passanten eingreifen."**

Fast könnte man das Verhalten Deutschlands als im höchsten Grade **pervers** bezeichnen: So wie gewisse Leute mit konträrsexualen Geschlechtsempfindungen einen hohen Genuß davon haben, wenn sie sich von einem Weibe prügeln und mißhandeln lassen, so scheinen die verantwortlichen Redakteure der deutschen Russenliebedienerei bei jedem russischem Fußtritt in Wollust zu schwelgen.

Altwasser, 28. Okt. **Das Spionagesystem** scheint bei der Firma **C. Tielsch,** Porzellan-Manufaktur, sehr ausgebildet zu sein. „Die Firma ist eine heftige Bekämpferin des

Pfaffer geworfen, der dem Verbande angehört. In ihren Offertbriefen fordert die Firma von den Arbeitern, daß sie 1. der famosen Fabrikkrankenkasse, 2. der Dreher-Witwenkasse und 3. der Zuschußkasse angehören. Hauptbedingung ist aber, daß die Arbeiter dem Verbande nicht angehören. Ein Arbeiter, der kürzlich eine Karte, worauf einige Streikmarken geklebt waren, auf seinem Platze hatte liegen lassen, wurde ins Kontor berufen, wo er seine Kündigung erhielt! Irgend ein Schnüffler hatte die Karte „zufällig" aufgestöbert und der Firma übermittelt. Wir meinen, es wäre besser, die Firma ließe ihre eigenen Akten durchstöbern. Dabei würde sie dann finden, daß die Firma schon vor Jahren versprochen hat, die fünf Prozent Lohnabzug wieder abzuschaffen. Versprochen hat sie es wiederholt — die Arbeiter aber warten vergeblich auf die fünf Prozent Erhöhung. Besser wäre es auch, die Firma ließe ihre Fabrik einmal genau durchstöbern. Sie würde dann sehr viele Mißstände entdecken, die dringend abgestellt werden müssen.

Hirschberg, 28. Oktober. Militär-Justiz. Vor dem Ober-Kriegsgericht des 5. Armeekorps in Posen wurde am 17. d. Mts. eine Anklage gegen den Sanitätsfeldwebel August Stuel aus Hirschberg verhandelt, die allgemeines Interesse in Anspruch nimmt und die bereits zu eifrigen Erörterungen in der Presse geführt hat. Der Angeklagte, der bereits eine sechsjährige tadelsfreie Dienstzeit beim Militär hinter sich hat, wurde im Mai d. J. vom Kriegsgericht der 9. Division in Glogau wegen Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung zu der außerordentlich hohen Strafe von sechs Monaten einer Woche Gefängnis verurteilt. Die der Anklage zu Grunde liegenden Vorgänge sind folgende:

„Am 2. April d. J. erteilte der Chefarzt des Hirschberger Garnison-Lazaretts, Dr. Habermehl, dem Angeklagten den Auftrag, eine Reihe schriftlicher Arbeiten bis zum 10. April d. J. zu erledigen. Der Angeklagte erklärte darauf, daß er außer Stande sei, die umfangreichen Arbeiten in der ihm gestellten Frist zu erledigen. Hierauf geriet der Stabsarzt in eine äußerst hochgradige Erregung und in dieser entgegnete er, daß wenn Stuel in der ihm gestellten Frist seinen Befehl nicht ausführe, er dafür Sorge tragen werde, daß die Abkommandierung des Angeklagten zur informatorischen Beschäftigung an das Gerichtsschreiberamt zurückgezogen werden würde. Der Angeklagte entgegnete, daß dies so leicht nicht angehen würde. Da er bei diesen Worten eine lächelnde Miene annahm, hat er sich der Achtungsverletzung schuldig gemacht, dadurch den Vorgesetzten noch mehr gereizt, der darauf dem Angeklagten eröffnete, daß die Zurückziehung der Abkommandierung tatsächlich erfolgen werde und daß dieser unter den obwaltenden Umständen auch die im Garnisonslazarett innehabende Privatwohnung bis zum nächsten Tage Abends zu räumen habe!

Nunmehr geriet auch Angeklagter in eine hochgradige Erregung und entgegnete, daß er in der ihm gestellten kurzen Frist außer Stande sei die Wohnung zu räumen, er verlange die Aufnahme eines Protokolls, es existiere doch auch noch ein Bürgerliches Gesetzbuch, und daß, wenn der Stabsarzt ihm in seinem Amtsbereiche Steine in den Weg legen wolle, er auftreten und sagen werde, wie der Dienst im Garnisonslazarett gehandhabt wird. Trotz vielfacher Ermahnungen gelang es dem Angeklagten am nächsten Tage nicht, Arbeitskräfte zum Umzuge zu erlangen, er war daher an diesem Tage außer Stande, die Wohnung zu räumen, er tat dies vielmehr erst am 4. April. In den vorgeschilderten Aeußerungen erblickte das Zweitinstanzgericht eine Drohung beziehungsweise weitere Achtungsverletzung und in der Tatsache des Nichtauszugs eine Gehorsamsverweigerung und erkannte wegen aller dieser Delikte auf die eingangs erwähnte exorbitante Strafe von 6 Monaten 1 Woche Gefängnis. Auf die von dem Angeklagten eingelegte Berufung hob das Reichsgericht das Urteil des Divisionsgerichts in seinen tatsächlichen Feststellungen zum Teil auf, hob es auf und nur auf eine Strafe von 10 Tage gelinden Arrest erkannt wurde, weil das Oberkriegsgericht in dem Verhalten des Angeklagten eine fortgesetzte Achtungsverletzung erblickte.

Auf die Revision seitens des Gerichtsherrn hat das Reichsgericht erkannt, weil das Oberkriegsgericht in dem Verhalten des Militärgerichts diese für begründet erachtet und in seinen Gründen hervorgehoben, daß durch den Nichtauszug des Angeklagten aus der Dienstwohnung eine ausdrückliche Gehorsamsverweigerung vorliege, denn er hätte zum Mindesten den Versuch machen müssen, die Wohnung zu räumen, selbst wenn er die Möbel auf die Straße hätte stellen müssen. In der erneuten Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht brachte der Anklagevertreter eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten drei Wochen in Antrag. Das Gericht berücksichtigte indessen die äußerst schwierige Lage in der sich der Angeklagte befunden hat, auch daß er sich in seinem Fortkommen bedroht gefühlt haben mochte und sich dadurch bei Begehung der strafbaren Handlungen in einem äußerst erregten Zustande befunden hat. Indessen seien durch den Nichtauszug die Tatbestandsmerkmale der Gehorsamsverweigerung erwiesen, wie auch die Achtungsverletzung in 2 Fällen. Unter Berücksichtigung aller Milderungsgründe erkannte das Gericht auf eine Gesamtstrafe von vier Wochen gelinden Arrest.

Jauer, 28. Oktober. Die Stadtverordnetenwahlen finden nach einer Bekanntmachung des Magistrats in der dritten Abteilung am 7. November statt. Von einer großen Beteiligung an der Wahl kann hier keine Rede sein, da die Arbeiter davon ausgeschlossen sind. In Jauer darf nur derjenige sein Stimmrecht ausüben, der ein Einkommen von 900 Mark besitzt, und das Bürgerrechtsgeld bezahlt hat. Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung schon zweimal die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes mit großer Majorität angenommen, aber der Magistrat hat sich stets ablehnend verhalten und so ist es auch heute noch. Vor mehreren Jahren hatten sogar mehrere Arbeiter, welche zu einem Einkommen von 900 Mark veranlagt waren, auch die Aufforderung erhalten, das Bürgerrechtsgeld von 18 Mark zu bezahlen. Die Arbeiter zahlten auch und erwarben somit das Stimmrecht. Ein Jahr später wurden diese Arbeiter aber nur mit einem Einkommen von 660—900 Mark veranlagt... Gleich darauf erhielten dieselben vom Magistrat die Nachricht, daß sie aus der Liste der stimmfähigen Bürger gestrichen seien, da sie nur ein Einkommen von 660—900 Mark versteuern. Die Arbeiter sind also wieder um ihr Recht gekommen. Einem Arbeiter, welcher nicht gleich soviel hatte, waren sogar die 18 Mark seinerzeit vom Lohne abgezogen worden! Aus alledem ersieht man, wie weit Jauer anderen Städten gegenüber noch im Rückstande ist, denn in fast allen Städten mit gleicher Einwohnerzahl ist das Bürgerrechtsgeld längst abgeschafft. Aber die Arbeiter werden auch dieses Stück Mittelalter überwinden. Vor allem dadurch, daß sie sämtlich Sozialdemokraten werden und für die Sozialdemokratie und für die „Volkswacht" werben! Nun erst recht!

Liegnitz, 30. Oktober. Das Bunzlauer Eisenbahnunglück vor Gericht. Am 5. Mai dieses Jahres wäre beinahe auf der doppelgleisigen Eisenbahnstrecke Berlin-Breslau zwischen Bunzlau und Haynau eine Eisenbahnkatastrophe eingetreten. Der Schnellzug Nr. 73, welcher Bunzlau um 12,6 Uhr Mittags verläßt und in der Richtung nach Breslau weiterfährt, stieß bald hinter Bunzlau bei der Wärterbude Nr. 261 auf ein Hindernis, das ihn zum Halten zwang; bei dem Uebergange eines Feldweges, der durch Barrieren zu beiden Seiten der Gleise von dem Schrankenwärter ordnungsmäßig geschlossen worden, stand auf dem Gleise des Schnellzuges ein mit zwei Pferden bespannter Arbeitswagen eines Bunzlauer Fuhrwerksbesitzers, dessen Führer im Begriff stand, in den Tonschacht zu fahren. Zum Glück war das Hindernis bemerkt worden, sodaß der Zug kurz vor demselben zum Stehen gebracht werden konnte. Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes angeklagt, stand jetzt der Kutscher Josef Klein aus Bunzlau vor der Liegnitzer Strafkammer. Er hatte, wie er vor Gericht offen zugab, sich die Barrieren selbst geöffnet, und beim Hinüberführen der Pferde über die Gleise sei er von dem Zuge überrascht worden. Es sei nämlich kurz vorher in umgekehrter Richtung ein Personenzug von Haynau nach Bunzlau gefahren und er hätte nun geglaubt, die Strecke sei nun frei und der Schrankenwärter habe nur vergessen, die Schranken wieder zu öffnen, sodaß er schon oft in die Lage gekommen sei, sich die Schranken selbst öffnen zu müssen; an den Schnellzug habe er nicht gedacht. Infolge des Aufenthalts hatte der Schnellzug drei Minuten Verspätung. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Neisse, den 28. Oktober. Von den Brüdern in Christo. Eine „große christliche Metallarbeiterversammlung" war am vorigen Sonntag nach dem „Schwarzen Schiff" einberufen worden. Herr Binkowski versucht nun auch sein Zersplitterungshandwerk bei den Metallarbeitern. Außer dem Referenten und dem Kartellvorsitzenden waren noch drei Klempner erschienen und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Nach ¾ stündiger Wartezeit entfernten sich die Arbeiter, zwei gingen nach dem Kasino, der eine, welcher unorganisiert war, ließ sich in den Metallarbeiterverband aufnehmen, damit hatte die große Versammlung, zu der Flugblätter in Massen verbreitet wurden, ihr Ende erreicht.

— Bei der Enthüllungsfeier des Kaiser Friedrichs-Denkmals hatte sich zirka ein Dutzend christlicher Holzarbeiter beteiligt. Abends wurden diese waschechten Patrioten mit Bier, Schnaps und Zigarren traktiert, wie der Obermeister besonders hervorhob, weil sie so gut marschiert hätten! Henschel hielt die Festrede, wobei er die Neisser Sozialdemokraten vollständig vertilgte. Einige Meister verließen das Festlokal, die Rede des Sozialistentöters war ihnen durch Mark und Bein gegangen. O du armer Henschel.

Kattowitz, 30. Oktober. Echte Pocken. Aus Schoppinitz wird gemeldet: Bei einem in der elektrischen Zentrale beschäftigten Schlosser wurden die echten Pocken konstatiert. Der Kranke wurde im Gemeindelazarett untergebracht. Es wird vermutet, daß der Mann sich im russischen Grenzbezirke angesteckt hat, wo Erkrankungen an echten Pocken in der letzten Zeit vereinzelt vorgekommen sind.

Posen, 28. Oktober. Kaiserschloß-Neubau und Arbeiterfürsorge. Aus Maurerkreisen wird uns geschrieben: Der stolze Schloßbau fängt an sich aus der Erde zu erheben, dieses Schloß soll bekanntlich ein „Wahrzeichen in der Ostmark" bedeuten. Man hat an alles bei diesem Bau gedacht Schuppen, unter denen die Felsen behauen werden aus denen der zirka 4 Meter hohe Sockel hergestellt wird, sind errichtet. Aus Fachwerk errichtet man eine Baubude für Poliere und Bauführer der ausführenden Firma, „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Danzig", weil die Bretterbude zu klein ist. Ein Baubureau für die königliche Bauverwaltung ist errichtet, so nobel, wie manche Proletarier-Wohnung — sein sollte und dazu geschmackvolle Rasenfläche angelegt. Die Baubude aber für die, die diesen Prachtbau errichten, die Arbeiter, hat man wie immer notdürftig aus Schalbrettern am entlegensten Ende des großen Bauplatzes errichtet, so daß die Arbeiter den weiten Weg dahin scheuen. Die Fensteröffnung ist mit drei schmalen Schalbrettern gegen „Diebe" versichert, ein Schloß zum Verschließen der Tür hat ein Maurer selbst mitgebracht, Fußboden fehlt gänzlich und ein Ofen wird demnächst erst aus den Afrikanischen Kolonien eingeführt. Die Arbeiten werden von der Bauverwaltung eigen und gut verlangt und die Firma wünscht recht viel von dieser Arbeit, wie dieses bei Submissionsarbeiten immer üblich ist. Von den Arbeitern wird verlangt, daß sie beide Körperschaften befriedigen und sie stöhnen unter der Last des Verlangten und der an und für sich schweren Felsenarbeit. Unter diesen Erscheinungen errichten im heutigen Staatswesen die treuen Untertanen Wahrzeichen — gegen politische Bestrebungen. Ein Wahrzeichen der Arbeiterfürsorge ist das Schloß nicht — vielleicht weil die Bauunternehmer glauben, die Arbeiter könnten froh sein, daß sie überhaupt mitarbeiten dürfen. Getreu dem Dichterworte: „Wenn die Könige bauen, haben die Kärrner zu tun."

Kleine provinzielle Nachrichten.

Eine aufregende Szene spielte sich im Landgericht **Beuthen** ab. In einer Streitsache zwischen dem Gastwirth Besch aus Kattowitz und einem Ziegellieferanten wurde der Buchhalter Pitko vernommen. Dieser hatte in derselben Sache schon wiederholt vor dem Richter gestanden, hatte sich aber einer entgiltigen Aussage immer wieder durch den Einwand entzogen, er sei auf den Fall noch nicht genügend vorbereitet. Als der Richter jetzt energisch auf ihn einsprach, brach der 22jährige Mensch plötzlich besinnungslos zusammen. In dem Hause Nothlacherstraße 50 in **Bunzlau** wohnt der Töpfer Koppe mit seiner aus Frau und zwei Kindern bestehenden Familie. Am Sonnabend Mittag, als die Ehefrau fortging, um dem Manne das Mittagessen nachzutragen, schloß sie die beiden Kinder in der Wohnung ein und übergab den Schlüssel alsdann einer Nachbarin, damit diese inzwischen zum rechten sehe. Das ältere vierjährige Mädchen muß nun dem in der Stube stehenden eisernen Ofen, der wahrscheinlich von der Zubereitung des Mittagsmahles stark angeheizt war, zu nahe gekommen sein und dabei müssen die Kleider Feuer gefangen haben. Als auf das Geschrei des Kindes die Nachbarn herbeieilten, stand es bereits über und über in Flammen. Das Kind hat ganz erhebliche Brandwunden davongetragen, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Gegen den Direktor Gerhardt vom **Milowicer** Hüttenwerk wurde ein Attentat an dem Tage verübt, als anläßlich seiner Berufung als Direktor nach Zawiercie ein Abschiedsessen veranstaltet wurde. Vor dem Fenster der Wohnung des Gerhardt traf der Wächter mehrere Burschen an, die ihn mißhandelten, als er sie verscheuchen wollte. Während der Wächter Hilfe aus dem Werke holte, warfen die Burschen eine Dynamitbombe durch das Fenster des Zimmers, das Direktor Gerhardt kurz vorher verlassen hatte. Das Zimmer wurde zerstört.

Litteratur.

Schillers Werke. Illustrierte Volksausgabe. Von dieser schönen Ausgabe sind soeben die Lieferungen 13 bis 18 eingetroffen, und es ist bei dem großen Interesse, das die durch ihren reichen illustrativen Schmuck, ihre gediegene Ausstattung und ihren dabei relativ mäßigen Preis (jede Lieferung 30 Pfg.) einzig dastehende Ausgabe in allen Kreisen des deutschen Volkes gefunden hat, wohl am Platze, bei dieser Gelegenheit wiederum auf das jeder Hausbibliothek zur Zierde gereichende Werk mit bester Empfehlung hinzuweisen. Die neuen Lieferungen enthalten den Schluß der „Zerstörung von Troja", die Gedichte der dritten Periode, „Semele" und die ersten Szenen des „Don Carlos", alles begleitet von zahlreichen künstlerisch vollendeten Illustrationen, unter den Schöpfern sich die bedeutendsten und berühmtesten deutschen Künstler, wie F. A. Kaulbach, W. Camphausen, Edmund Kanoldt, Ferd. Keller, Alexander Wagner, Carl Gehrts, W. Volz u. a. befinden.